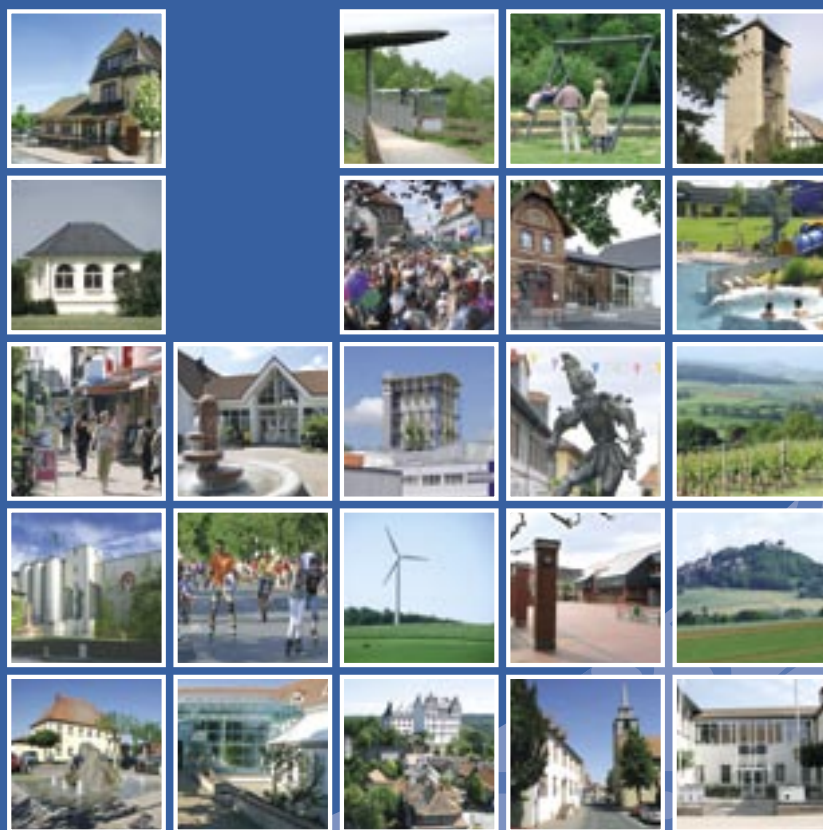


LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG

Von den Anfängen der Kreisverwaltung zur Region der Zukunft



Die Entwicklung der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg

Neuorganisation der Verwaltung im Großherzogtum Hessen	04
Die Kreisverwaltungsreform von 1832	06
Die Folgen der Revolution von 1848	08
Zwischen Restauration und Reichsgründung	11
Reform und Reaktion im Bismarckreich	15
Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges	17
Der Umsturz von 1918/1919	18
Die Weimarer Republik	19
Nationalsozialismus und Widerstand	21
Ende des Krieges und Wiederaufbau	25
Die Landkreise vor der Vereinigung	32
Der Landkreis Darmstadt-Dieburg entsteht	36

Impressum

Herausgeber
Landkreis Darmstadt-Dieburg
Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt
Telefon 06151 / 881-1016
Fax 06151 / 881-1019
E-Mail kreisverwaltung@ladadi.de
Internet www.ladadi.de

Redaktion:
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Peter Tränklein, Jutta Janzen

Inhaltliche Begleitung des historischen Teils:
Burkhard Döring, Wissenschaftlicher Dokumentar

Gestaltung:
Designbüro Uwe Jörgeling, Reinheim

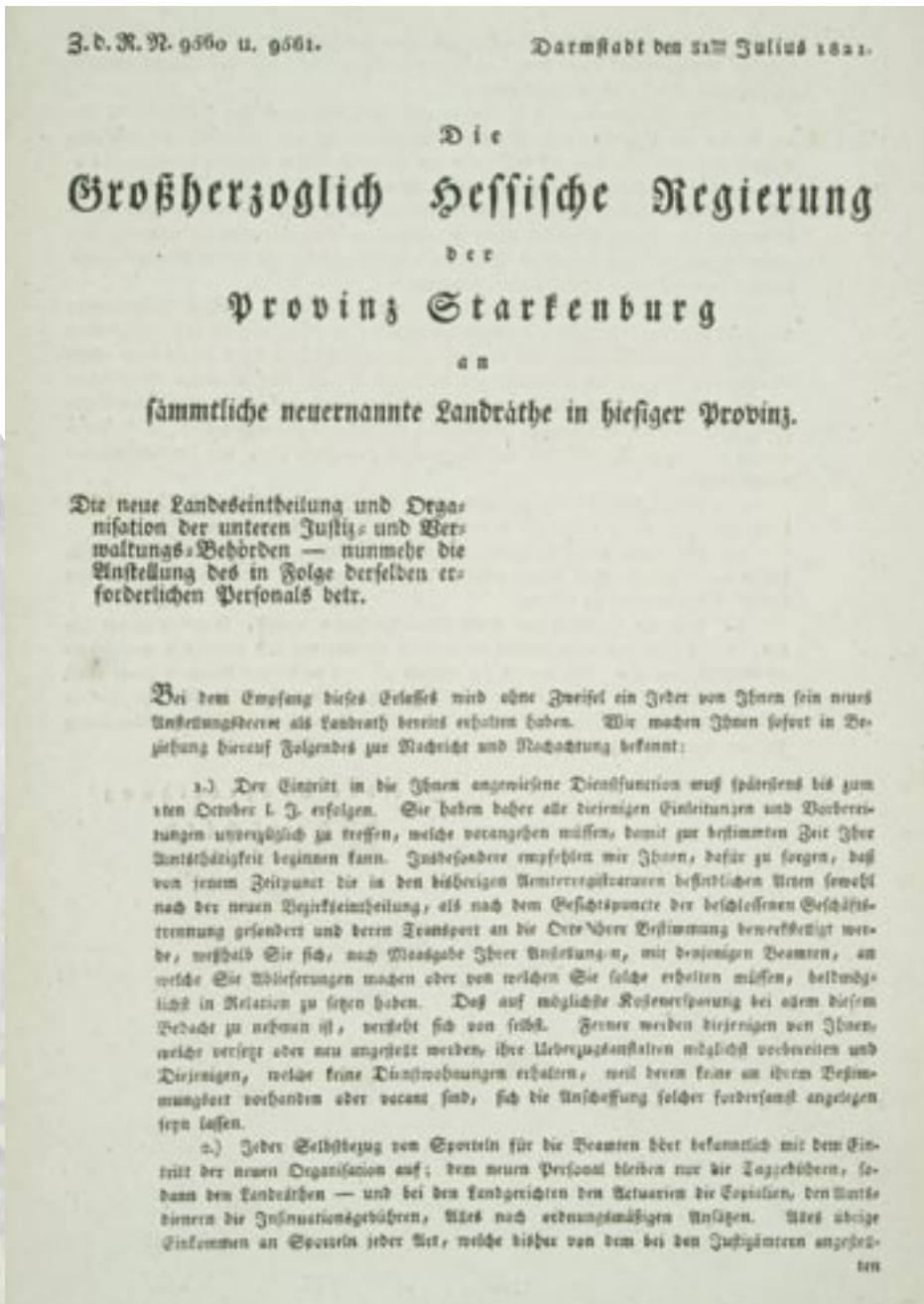
Druck:
Frotscher Druck, Darmstadt

Fotos und Dokumente:
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt,
Stadtarchiv Darmstadt,
Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Schuldorf Bergstraße, ZAS,
Caparol, Uwe Jörgeling
Karte S. 38/39:
Amt für Bodenmanagement, Heppenheim

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg – ein starker Standort mit vielen Facetten

Bürgernähe und Bürgerservice	42
Moderne Finanzwirtschaft	45
Der Landkreis als Wirtschaftsstandort	46
Schulen haben Priorität	48
Jugend und Familie	50
Soziales und Gesundheit	52
Kunst und Kultur	54
Natur- und Umweltschutz	56
Freizeit und Urlaubsgestaltung	58
Ehrenamt und Vereinsleben	60
Leitende Beamte der Kreisverwaltung von 1821 bis heute	62
Der Landkreis Darmstadt-Dieburg und die 23 Kommunen	66

Im Jahr **1821** erließ Großherzog Ludwig II. mit Wirkung zum 14. Juli eine Verordnung für das Großherzogtum Hessen, nach der eine Trennung von staatlicher Verwaltung und Justiz festgelegt wurde. **Ab diesem Datum übernahmen die Landratsamtsbezirke mit Landräten als Leiter die Administration der Gebiete**, während die Landgerichtsbezirke für juristische Fragen zuständig wurden. Landräte wurden hier zum ersten Mal genannt.



Das Ausschreiben der Regierung Starkenburg richtet sich an die neu ernannten Landräte, die für die offizielle Dienstübernahme zum 1. Oktober 1821 die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen hatten. Vor allem waren die Registraturen der aufgehobenen Ämter im Hinblick auf die neuen Kreisgrenzen durchzugehen und auszutauschen, damit die neuen Behörden über die als Entscheidungsgrundlage nötigen Sachakten verfügen.

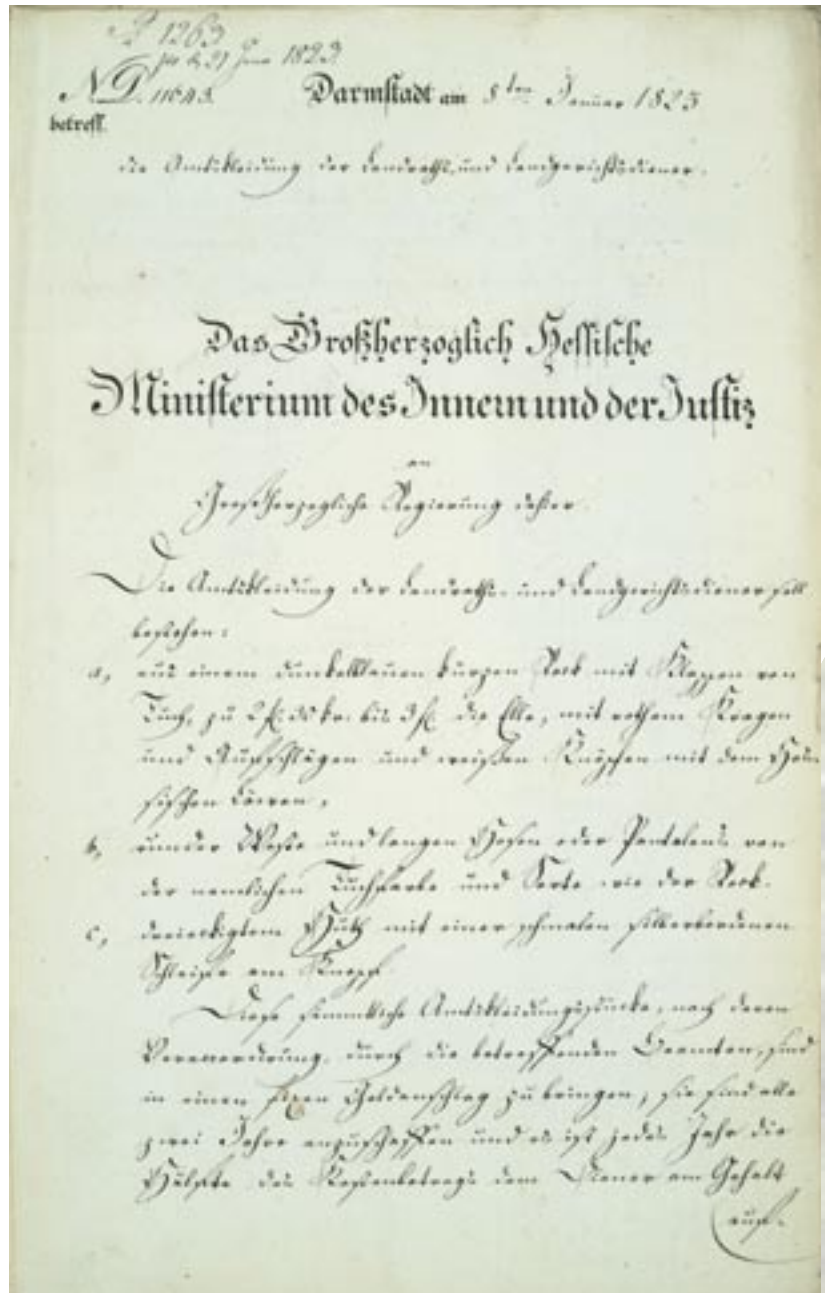
Ausschreiben der Regierung der Provinz Starkenburg vom 31. Juli 1821 an die neu ernannten Landräte in der Provinz Starkenburg, die notwendigen Voraussetzungen für die Dienstübernahme zum 1. Oktober 1821 zu schaffen. (StAD G 14 A, Nr. 5)

Die Amtskleidung der Landraths- und Landgerichtsdienerschaft soll bestehen:

- a) aus einem dunkelblauen kurzen Rock mit Klappen von Tuch zu 2 Gulden 30 Kreuzer bis 3 Gulden die Elle, mit rothem Kragen und Aufschlägen und weißen Knöpfen mit dem Hessischen Löwen,
- b) runder Weste und langen Hosen oder Pantalons von der nemlichen Tuchfarbe und Sorte wie der Rock
- c) dreieckigem Huth mit einer schmalen silber-bor-denen Schleife am Knopf.

Diese sämtlichen Amtskleidungsstücke nach deren Veraccordirung durch die betreffenden Beamten, sind in einem fixen Geldanschlag zu bringen, sie sind alle zwei Jahre anzuschaffen und es ist jedes Jahr die Hälfte des Kostenbetrags dem Diener am Gehalt auf...

Die Dienstuniform der zugleich Polizei-funktionen wahrnehmenden Bediensteten in Amtslökalen bestand aus einem dunkel-blauen kurzen Rock mit rotem Kragen und Aufschlägen sowie weißen Knöpfen mit dem Hessischen Löwen, nahm also auf die Landesfarben Bezug. Zur dunkel-blauen Weste und gleichfarbigen langen Hose kam ein dreieckiger Hut.



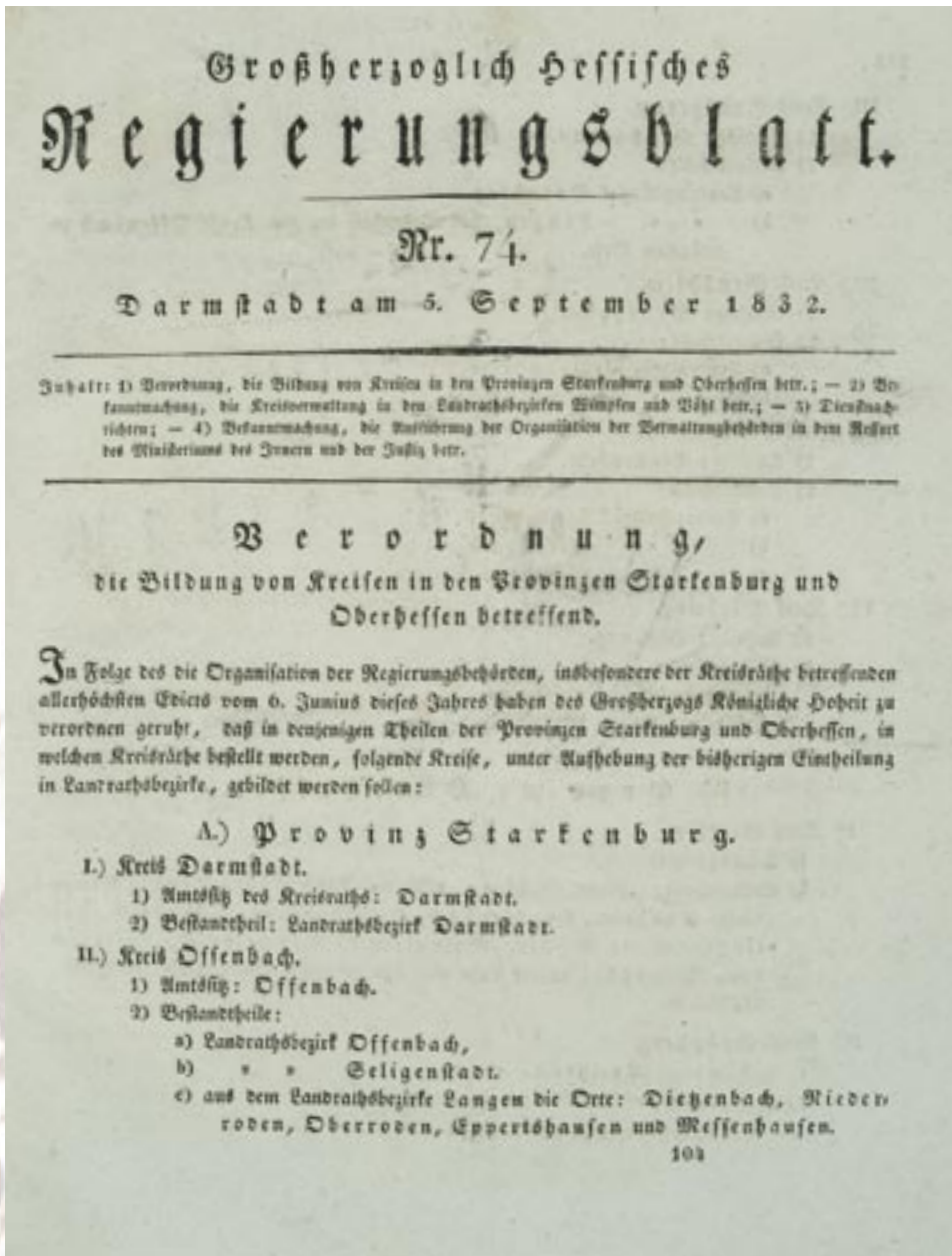
Erlass des Ministeriums des Innern und der Justiz vom 5. Januar 1823 an die Provinzialregierung mit Festlegung der Amtskleidung der Landrats- und Landgerichtsdieners. (StAD G 14 A, Nr. 9)

Die Provinzen Starkenburg und Oberhessen erhielten 1821 einen neuen Zuschnitt, wonach die Provinz Starkenburg in 13 Landratsbezirke gegliedert war. Ortschaften des heutigen Landkreises Darmstadt-Dieburg waren auf insgesamt sieben Landratsbezirke verteilt, und zwar auf den Landratsbezirk Darmstadt, den Landratsbezirk Dieburg, den Landratsbezirk Reinheim, den Landratsbezirk Langen, den Landratsbezirk Dornberg, den Landratsbezirk Bensheim, den Landratsbezirk Offenbach und den Landratsbezirk Seligenstadt.

Diese Teilung erwies sich jedoch sehr bald als eine zu feingliedrige und schwierig handhabbare Struktur und verlor bereits ein gutes Jahrzehnt später ihre Gültigkeit.

Im Jahr 1832 wurden die Landratsbezirke in Starkenburg wieder aufgehoben und zwölf Kreise geschaffen, die sich in der Regel aus zwei oder drei der bisherigen Landratsbezirke zusammensetzten. An die Stelle der Landräte traten Kreisräte. **So entstand im Jahr 1832 aus dem Landratsbezirk Darmstadt der Kreis Darmstadt, aus den Landratsbezirken Dieburg und Reinheim wurde der neue Kreis Dieburg.**

Während der Umfang des Kreises Darmstadt unter Einschluss der Stadt unverändert blieb, wurden die Landratsbezirke Dieburg und Reinheim zum Kreis Dieburg zusammengefasst.



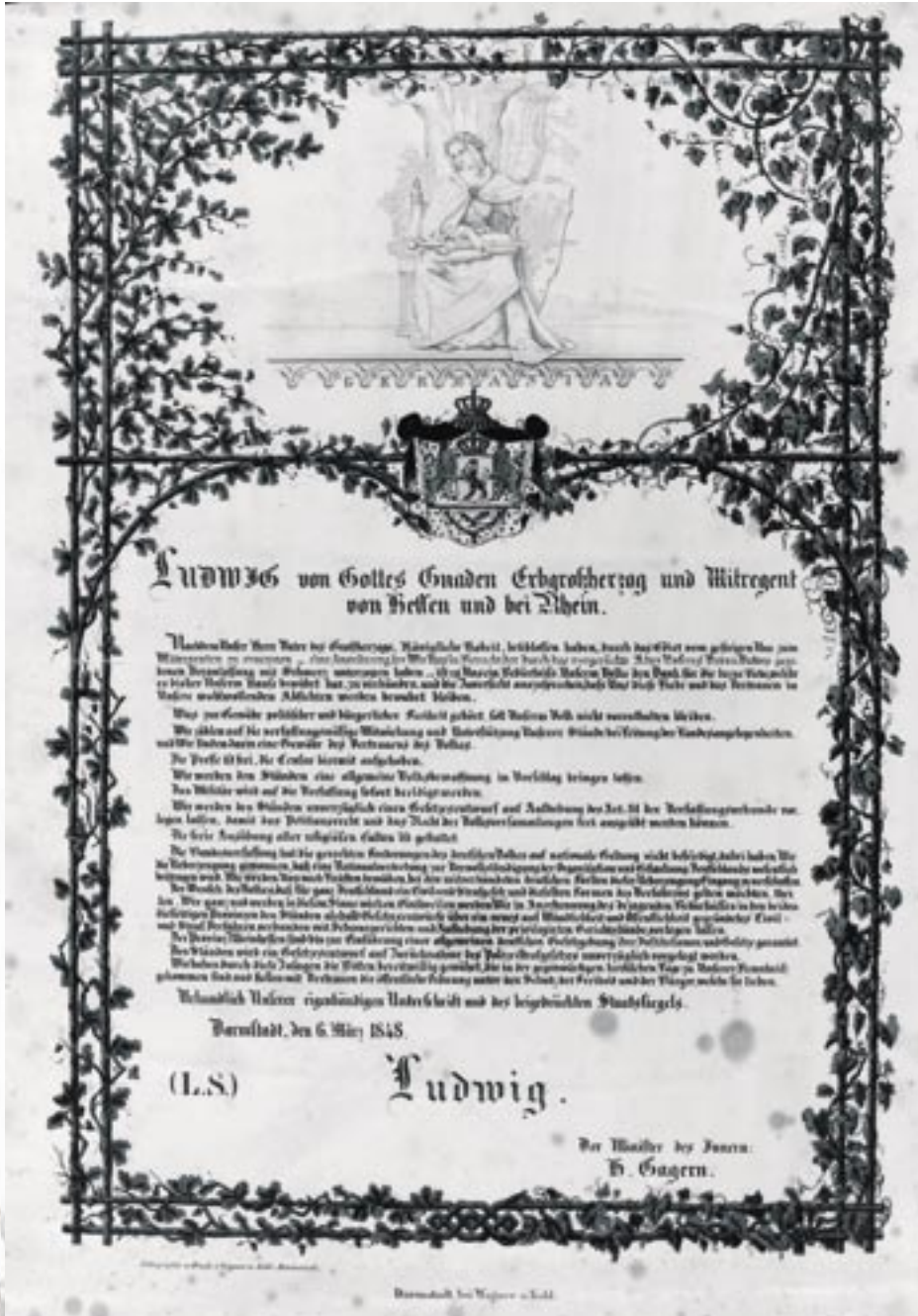
Verordnung über die Bildung der Kreise in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen im Großherzoglichen Hessischen Regierungsblatt vom 5. September 1832. (StAD AD 334/1)



Ausschnitt aus der Karte des Großherzogtums Hessen aus dem Jahre 1858, hier die Provinz Starkenburg mit den Kreisen Darmstadt und Dieburg.
(StAD P 1, Nr. 1545)

Die Folgen der Revolution von 1848

Im Zuge der Revolution im Jahr **1848** wurde an der Spitze der Verwaltung das Innen- vom Justizressort getrennt. **Man schuf eine einheitliche Zwischeninstanz mit zehn Regierungsbezirken** für das gesamte Großherzogtum und löste in Folge dessen die Kreise wieder auf. Die neuen Regierungsbezirke waren erheblich größer als vorher die Kreise. Zum Regierungsbezirk Darmstadt gehörten nicht nur der Stadtgerichtsbezirk Darmstadt und der Landgerichtsbezirk Groß-Gerau, sondern auch Orte aus dem Landgerichtsbezirk Gernsheim, die bisher zum Kreis Groß-Gerau zählten, und die Orte aus den Landgerichtsbezirken Langen, Offenbach und Seligenstadt, die nicht dem Regierungsbezirk Dieburg zugeschlagen wurden.

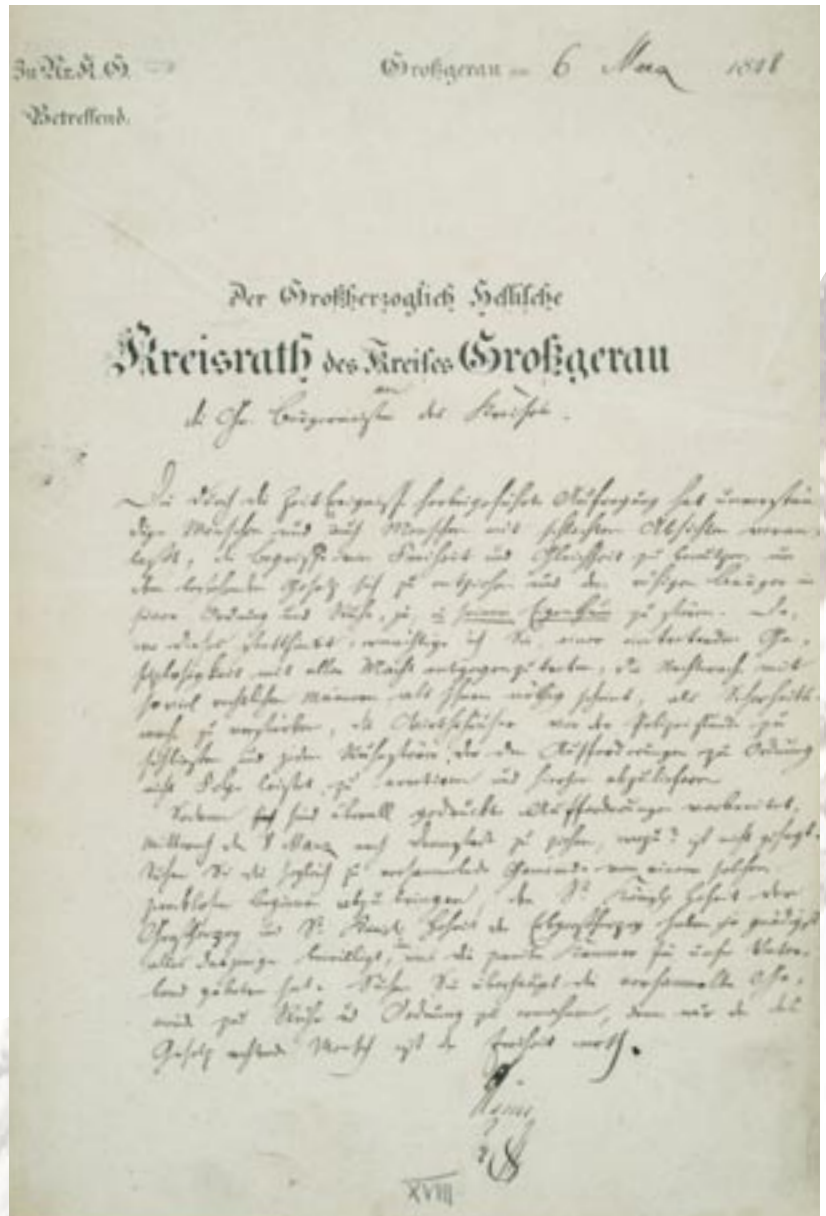


Zur Beschwichtigung der Unruhen sicherte der Großherzog Pressefreiheit, allgemeine Wehrpflicht, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, Versammlungs- und Religionsfreiheit zu. Er kündigte an, die nationale Einheitsbewegung zu unterstützen sowie dem Wunsch nach einheitlichem Zivil- und Strafrecht bei öffentlichen und mündlichen Verhandlungen nachzukommen.

Proklamation der Märzversprechen des zum Mitregenten ernannten Großherzogs Ludwig III., Darmstadt 6. März 1848. (ST 55 / Mappe 1848/49)

Die Folgen der Revolution von 1848

Die durch die Zeitereignisse herbeigeführte Aufregung hat unverständige Menschen und auch Menschen mit schlechten Absichten veranlaßt, die Begriffe von Freiheit und Gleichheit zu nutzen, um dem bestehenden Gesetz sich zu entziehen und den ruhigen Bürger in seiner Ordnung und Ruhe, ja in seinem Eigenthum zu stören. Da, wo dieses stattfindet, ermächtige ich Sie, einer eintretenden Gesetzlosigkeit mit aller Macht entgegenzutreten, die Nachtwache mit so viel rechtlichen Männern, als Ihnen nöthig scheint, als Sicherheitswache zu verstärken, die Wirtshäuser vor der Polizeistunde zu schließen und jeden Ruhestörer, der die Aufforderungen zu Ordnung nicht Folge leistet zu arretiren und hierher abzuliefern. Sodann sind überall gedruckte Aufforderungen verbreitet, Mittwoch, den 8. März nach Darmstadt zu ziehen, wozu? ist nicht gesagt. Suchen Sie die sogleich zu versammelnde Gemeinde von einem solchen zwecklosen Beginnen abzubringen, den S(ein)e Königl(iche) Hoheit der Großherzog und s(eine) königl(iche) Hoheit der Erbgroßherzog haben ja gnädigst alles dasjenige bewilligt, um was die zweite Kammer für unser Vaterland gebeten hat. Suchen Sie überhaupt die versammelte Gemeinde zu Ruhe und Ordnung zu ermahnen, denn nur der das Gesetz achtende Mensch ist der Freiheit werth.



Der Sturz der Juli-Monarchie des „Bürgerkönigs“ Louis Philippe in Frankreich am 28. Februar 1848 war das Signal für den Ausbruch der Unruhen im Großherzogtum Hessen, wo in der 2. Kammer der Landstände seit den Wahlen im Herbst 1847 eine oppositionelle Mehrheit bestanden hatte. Am 2. März schon hatte Theodor Reh im Landtag einen grundlegenden Wechsel des Regierungssystems verlangt.

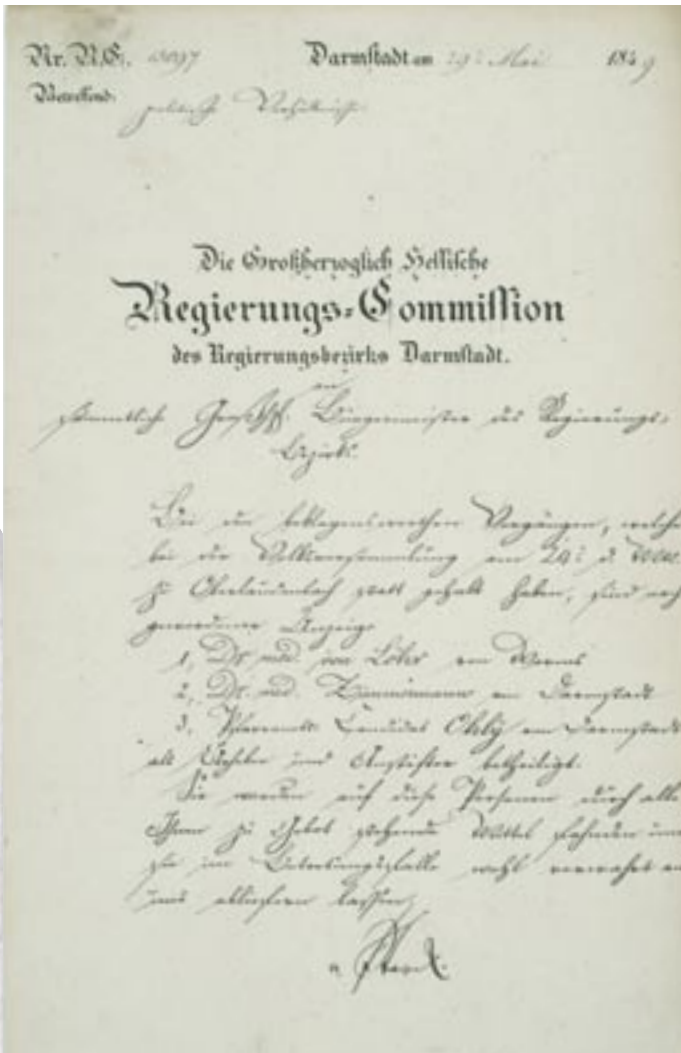
Zwei Tage später gab es erste Zugeständnisse der Regierung zur Reform des Presse- und Strafgesetzes und die Genehmigung zur Errichtung von Bürgergarden.

Das Rundschreiben nimmt bereits Bezug auf die unter demselben Datum erfolgte Ernennung des Oppositionsführers von Gagern zum Regierungschef und die Berufung des Erbgroßherzogs zum Mitregenten.

Rundschreiben des Kreisrates zu Groß-Gerau an die Bürgermeister, 6. März 1848. (ST 14, 18/5)

Betreffend: Politische Verhältnisse.

Bei den beklagenswerten Vorgängen, welche bei der Volksversammlung am 24. d(es) M(ona)ts zu Oberlaudenbach statt gehabt haben, sind nach gewordener Anzeige 1. Dr. med. von Löhr von Worms, 2. Dr. med. Zimmermann von Darmstadt, 3. Pfarramts-Candidat Ohly von Darmstadt als Urheber und Anstifter beteiligt. Sie werden auf diese Personen durch alle Ihnen zu Gebot stehenden Mittel fahnden und sie im Betretungsfalle wohl verwahrt an uns abliefern lassen.



Bei der gewaltsamen Auflösung einer aus mehreren tausend, meist unbewaffneten so genannten „Insurgenten“ (Anhängern der demokratischen Paulskirchenbewegung) bestehenden Versammlung in Ober-Laudenbach war der Regierungsrat Provinzialkommissär Johann Christian Prinz des Regierungsbezirks Heppenheim getötet worden. Er war von 1832 bis 1834 Sekretär beim Provinzial- und Kreissekretariat Darmstadt gewesen. Einer der Hauptredner der Versammlung war Pfarramtskandidat Karl Ohly, der das Amt des Präsidenten des demokratischen Vereins in Darmstadt bekleidete. Weitere Redner waren Dr. med. Wilhelm Zimmermann und der Journalist und Arzt Dr. Ferdinand von Löhr aus Worms. Den drei Männern wurde nach dem Zusammenbruch der Paulskirchenbewegung 1851/1852 in Abwesenheit der Prozess gemacht.

Ausschreiben der Regierungs-Kommission des Regierungsbezirks Darmstadt an die Bürgermeister-eien über „die politischen Verhältnisse“, Darmstadt 29. Mai 1849. (ST 16, 18/3,2)

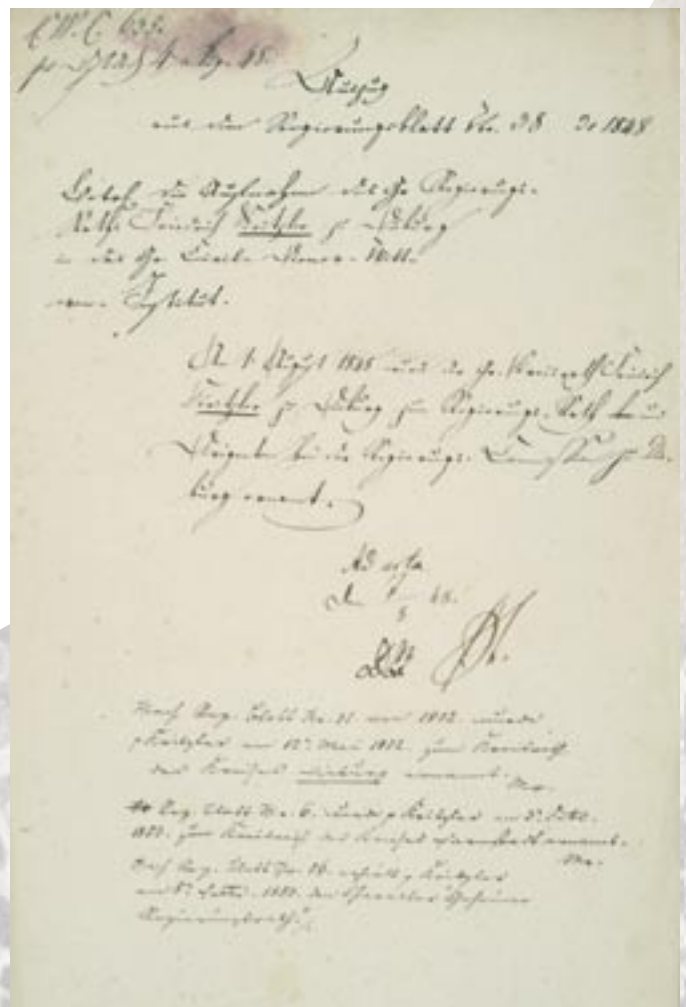
Zwischen Restauration und Reichsgründung

Nach dem Scheitern der Paulskirchenbewegung wurden **im Jahr 1852 wieder Kreise errichtet, somit auch der Kreis Darmstadt und der Kreis Dieburg**. Der Kreis Darmstadt, bestehend aus Darmstadt und Bessungen, erhielt vom Kreis Groß-Gerau die Ortschaften Griesheim, Weiterstadt, Braunshardt, Schneppenhausen, Gräfenhausen, Erzhausen, Wixhausen, Arheilgen und Messel. Der damalige Kreis Bensheim musste Pfungstadt, Eberstadt, Hahn, Eich und Eschollbrücken an den Kreis Darmstadt abgeben. Vom Kreis Dieburg gingen ihm Roßdorf, Ober-Ramstadt, Traisa, Nieder-Ramstadt und Waschenbach zu. Im Jahr 1853 erhielt der Kreis Darmstadt noch Nieder-Beerbach vom Kreis Bensheim dazu. Zu dem neu gebildeten Kreis Dieburg zählten ab 1852 die Orte Allertshofen, Altheim, Asbach, Babenhausen-Stadt, Billings, Brandau, Brensbach, Dieburg-Stadt, Dorndiel, Eppertshausen, Ernsthofen, Fränkisch-Crumbach, Frankenhausen, Georgenhausen, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Gundernhausen, Habitzheim, Harpertshausen, Harreshausen, Herchenrode, Hergershausen, Hering, Heubach, Hoxhohl, Kleestadt, Klein-Bieberau, Klein-Umstadt, Klein-Zimmern, Langstadt, Lengfeld, Lichtenberg, Lützelbach, Meßbach, Messenhausen, Mosbach, Münster, Neunkirchen, Neutsch, Nieder-Klingen, Nieder-Modau, Niedernhausen, Nieder-Roden, Nonrod, Ober-Klingen, Ober-Modau, Ober-Roden, Radheim, Raibach, Reinheim-Stadt, Richen, Rodau, Rohrbach, Schaafheim, Schlierbach, Semd, Sickenhofen, Spachbrücken, Steinau, Urberach, Webern, Wembach, Wersau und Zeilhard. **In diesen neu geschaffenen Verwaltungsbezirken übernahmen Kreisräte die Leitung**. Mit einer Bekanntmachung von **1852 ordnete der Großherzog an, dass die Dienststellen der Kreisräte Kreisämter heißen** und diese sich in den Kreisstädten befinden.

Regierungsblatt Nr. 38 de 1848 Betr(effend) die Aufnahme des Gr(ößherzoglichen) Regierungs-Raths Friedrich Kritzler zu Dieburg in das Gr(ößherzogliche) Civil-Diener-Witwen-Institut. Am 1. August 1848 wurde der Gr(ößherzogliche) Kreisrath Friedrich Kritzler zu Dieburg zum Regierungs-Rath und Dirigenten bei der Regierungs-Commission zu Dieburg ernannt.

Der Personalbogen des späteren Geheimen Regierungsrates und Kreisrates Friedrich Kritzler spiegelt mit den Eintragungen über seine Ernennung am 1. August 1848 zum „Regierungs-Rath und Dirigenten bei der Regierungs-Commission Dieburg“ und am 12. Mai 1852 zum Kreisrat Dieburg das Ende der von der Revolution umgeformten Verwaltungsebene wider.

Personalblatt des späteren Geheimen Regierungsrates Kritzler für die Zivil-, Witwen- und Waisen-Kommission, ein Beamtenversorgungsinstitut, 1848-1853. (StAD G 18, Nr. 99/34)



Ein Edikt aus dem Jahr 1860 regelte die Organisation der sogenannten Provinzialbehörden neu. Damit wurde beispielsweise dem Kreisamt des Kreises Darmstadt auch die Funktion der Provinzialdirektion zuteil, der ein Provinzialdirektor vorstand. Provinzialdirektoren waren beispielsweise verantwortlich für „sicherheits- und sanitätspolizeiliche Maßregeln“, Gendarmen und Gefängnisse, hatten die Aufsicht über die katholische Kirche und „Judenschaftsangelegenheiten“ sowie über die „in der Provinz vorhandenen milden Stiftungen und Anstalten“. Diejenigen Kreisämter, die nicht Provinzialbehörde waren, wurden der Provinzialdirektion untergeordnet.



Bericht des Pfarramtes Rohrbach an das Kreisamt Dieburg über das am 10. Juli 1862 abgehaltene Jahresfest des Zweigvereins Reinheim der Gustav-Adolph-Stiftung, Rohrbach, 4. September 1862. (StAD R 4, Nr. 13065)

Betreffend: Die durch das am 10. Juli d(es) J(ahres) dahier stattgehabte Jahresfest des Reinheimer Zweigvereins der Gustav-Adolph-Stiftung entstandenen Kosten.

Der Ausschuß des Reinheimer Zweigvereins der Gustav-Adolph-Stiftung im Großherzogtum Hessen beschloß im vorigen Jahre, auf wiederholte Einladung von hier in diesem Jahre, und zwar am 20. Juli, das Vereinsfest dahier zu feiern, in der Voraussicht, daß, insofern die Kirche für die Zahl der Festgäste zu klein, ein anderer entsprechender Festplatz hergerichtet würde. Demgemäß wurde auf hiesigem Marktplatz ein Festzelt und eine Kanzel erbaut. Da die Bürger mit der Ernte zu sehr beschäftigt waren, und darum sich an der Arbeit nicht beteiligen konnten, so mußte der Ortsgeistliche Tagelöhner zu Hilfe nehmen.

Ergänzt wurde eine Verfügung des Kreisrats:

Dieser Bericht geht zurück mit der Weisung, solchen auch noch von den weltlichen Mitglieder des Kirchenvorstandes unterschreiben zu lassen.

Der 1832 zur Pflege des Protestantismus in der Diaspora gegründete kämpferische Verein hatte sich sicher nicht zufällig eines der Odenwald-Dörfer als Tagungsort ausgesucht, in denen seit Ende des 18. Jahrhunderts waldensische Glaubensflüchtlinge angesiedelt worden waren. Der Bau eines Festzeltes mit Kanzel auf dem Marktplatz musste wegen der Erntezeit durchgeführt werden. Wegen der dadurch entstandenen Kosten hatte der Landrat den Bericht angefordert.



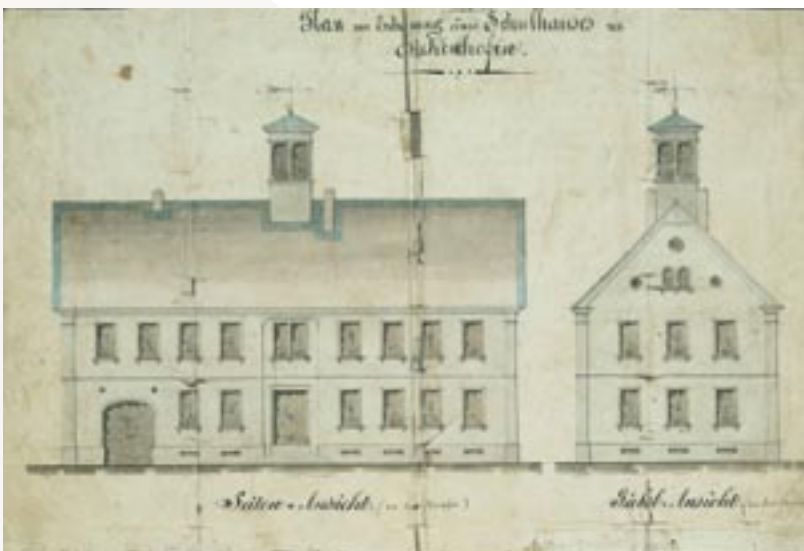
*Ansicht des Schlosses Lichtenberg
von August Lucas, 1858.
(Schlossmuseum Darmstadt)*



*Betreffend: Die Erbauung eines Rathhauses zu Sickenhofen.
Indem wir Sie, den Gr(oßherzoglichen) Bürgermeister Schroth, den Gemeinderath Schrodt zu Sickenhofen und den Gemeinderath Rentier Horn zu Babenhausen sowie den Geometer II. Kl(asse) Beck zu Babenhausen zu Mitgliedern der für die Erwerbung von dem Georg Reuling zu Sickenhofen gehörigen Gelände in Gemäßheit des Art. 3 des Gesetzes vom 27. Mai 1821 zu bildenden Local-Commission ernennen, beauftragen wir Sie, dem genannten Georg Reuling hiervon unter Zustellung des anliegenden Planes die Verwendung seines Eigenthums für die Erbauung eines Rath- und Schulhauses zu Sickenhofen mit dem Anfügen Eröffnung zu machen, daß wir Termin zu Verhandlung mit der Localcommission an Ort und Stelle für Freitag den 23. Dezember d(es) J(ahres) Vormitt(ags) 9 Uhr anbe...*

Georg Reuling war Besitzer eines Teils des für den Neubau in Aussicht genommenen Terrains. Das Gesetz vom 27. Mai 1821 regelte das Verfahren zur Ermittlung des Wertes oder zur Erlangung des Vergleichs bei Streitigkeiten bei der Inanspruchnahme privater Grundstücke für öffentliche Zwecke.

Erlass des Kreisamtes Dieburg an den Bürgermeister zu Sickenhofen zur Ansetzung eines Ortstermins über den Erwerb von Gelände zum Neubau des Rat- und Schulhauses in Sickenhofen, Dieburg 2. Dezember 1870. (StAD G 15 Dieburg, Nr. N 840)



Der von Geometer Dingeldein entworfene Plan für das Rat- und Schulhaus zu Sickenhofen sah im Erdgeschoss eine Wachstube mit Ortsgefängnis vor, dazu zwei Säle und vier Stuben. Der Plan spiegelt nicht nur den erhöhten Bedarf an Amtsräumen einer wachsenden Verwaltung wider, sondern auch die Anerkennung des staatlichen Bildungsauftrages.

Grund- und Aufrisse sowie Schnitt des geplanten Neubaus eines kombinierten Rat- und Schulhauses zu Sickenhofen, September 1869. (StAD P 11, Nr. 430/1)

Reform und Reaktion im Bismarckreich

In Folge der Reichsgründung im Jahr 1871 wurde **1874 das preußische Verwaltungsmodell auf das hessische Großherzogtum übertragen** und die Kreise wurden zu Selbstverwaltungskörperschaften mit staatlichen Kompetenzen. Während auf Kreisebene der Kreistag und der Kreisausschuss mit dem Landrat als Verwaltungsleitung bestanden, waren auf Provinzialebene der Provinzialtag und der Provinzialausschuss unter Vorsitz des Provinzialdirektors das entsprechende Pendant. Territorial gab es zu diesem Zeitpunkt nur noch geringe Änderungen. Malchen ging vom Kreis Bensheim dem Kreis Darmstadt zu, und der Kreis Dieburg erhielt die Gemeinden Frau-Nauses, Ober-Nauses, Schloß-Nauses und Wiebelsbach vom Kreis Neustadt. Die Umrisse der Kreise Darmstadt und Dieburg sollten von nun an für längere Zeit Bestand haben und blieben auch erhalten als durch die Revolution im Jahr **1918 das Großherzogtum Hessen zum Volksstaat Hessen** wurde. Die Vorstände der Kreisämter wurden in diesem Jahr zu Kreisdirektoren umbenannt.

Betreffend: Die Wahlen zu dem Kreistage für den Kreis Darmstadt, hier insbesondere die Wahl der Mitglieder durch Gemeindebevollmächtigte. Für die Gemeinde Wixhausen, welche 915 Seelen zählt, sind durch den Gemeindevorstand aus dessen Mitte in Gemätheit des Art(ikels) 126 des Gesetzes vom 12. Juni d(es) J(ahres) 4 Bevollmächtigte zu ernennen, welche demnächst an der Wahl der Kreistagsabgeordneten Theil zu nehmen haben. Zu Bevollmächtigten dürfen indessen solche Mitglieder nicht ernannt werden, die als Höchstbesteuerte (vergleiche) Tagblatt No. 210 von 1874) zu der Wahl von Mitgliedern des Kreistages berufen und deshalb von der Wahl der Kreistagsabgeordneten durch Bevollmächtigte der Gemeindevorstände ausgeschlossen sind. Unter Hinweisung auf § 3 der Ihnen mit unserem Ausschreiben (12. v(origen) M(ona)ts) zugegangenen Anleitung vom 8. Sept(ember) d(es) J(ahres) fordern wir Sie daher auf, nunmehr zur Ernennung von 4 Bevollmächtigten des Gemeindevorstandes durch diesen zu schreiten und das darüber aufzunehmende Protocoll, zu welchem das erforderliche Formular hier beigeschlossen ist, binnen 8 Tagen an uns einzusenden.

Das hektographierte Ausschreiben regelt nach der Umformung der Kreise zu Selbstverwaltungskörperschaften nach preußischem Vorbild das Verfahren zur Wahl des Kreistages. Der Gemeindevorstand hatte aus seiner Mitte vier Bevollmächtigte zu ernennen, die an der Wahl des Kreistagsabgeordneten teilnahmen. Ein Drittel der Mitglieder des Kreistages im Kreis Darmstadt wurde von den 100 Höchstbesteuerten und im Kreis Dieburg von den 50 Höchstbesteuerten gewählt. Der Kreisausschuss bestand aus dem Kreisrat und sechs Mitgliedern, die mit absoluter Mehrheit vom Kreistag aus den Kreisangehörigen gewählt wurden. Mindestens drei von ihnen mussten Angehörige des Kreistages sein. Der Kreisausschuss hatte umfassende Entscheidungskompetenzen in Verwaltungsgerichtssachen, Gemeindeverwaltungsstreitigkeiten, Polizeiangelegenheiten sowie bei Streitigkeiten zwischen dem Landrat und einzelnen Gemeinden.



Erllass des Kreisamtes Darmstadt an die Bürgermeisterei Wixhausen zur Durchführung der Kreistagswahl, 2. Dezember 1874. (ST 16, 5/1,3)



Das „Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie“ und der von Bismarck initiierte Kulturkampf gegen den Katholizismus sollten nach dem Willen des Reichskanzlers den neuen Staat gegen so genannte außerdeutsche Einflüsse abschirmen. Es sollte verhindert werden, dass mit dem katholischen Zentrum und der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands neue Massenorganisationen an Einfluss gewinnen.

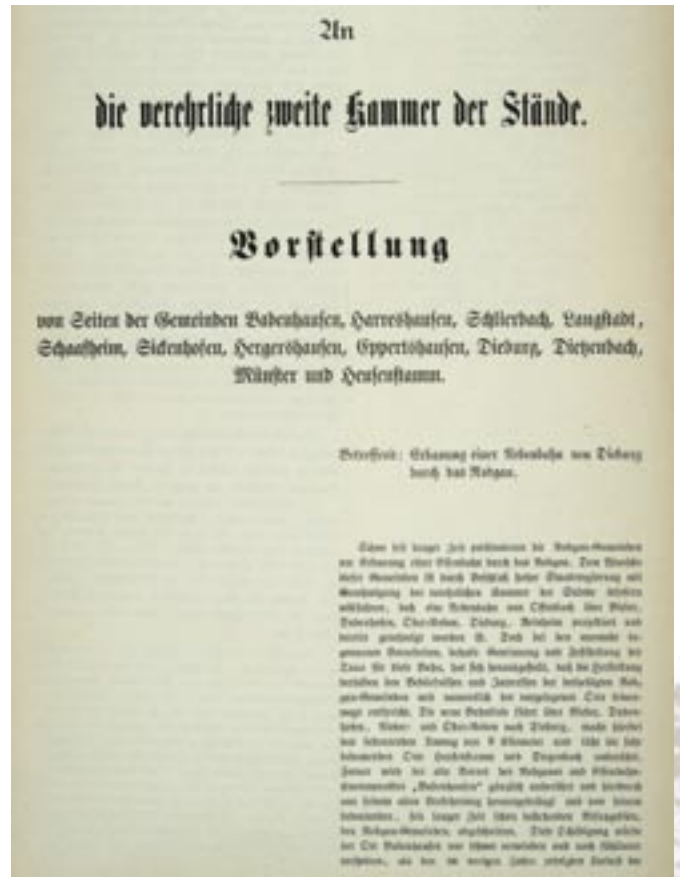
Dagegen spricht sich der Erlass des großherzoglichen Ministeriums des Innern mit Sitz in Darmstadt – möglicherweise in bewusster Abgrenzung von der rigiden Haltung des Reichskanzlers – dafür aus, dass nur „Umsturz“ und „gewaltsame Änderung“, nicht aber generell jede „socialdemokratische, socialistische oder communistische Bestrebungen“ im Sinne des Gesetzes zu verfolgen seien. Dieses Ausnahmegesetz gab der Polizei das Recht zu Verhaftungen, Beschlagnahmungen und Ausweisungen. 1890 wurde es gegen den Willen Bismarcks nicht mehr erneuert, sodass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands neu gegründet werden konnte.

Gedruckter Erlass des Innenministeriums an die Kreisämter zur Durchführung des Sozialistengesetzes, Darmstadt 1. November 1878. (StAD R 4, Nr. 13073)



Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Neben dem Protest gegen die Streckenführung der bereits genehmigten Bahnstrecke von Offenbach über Bieber, Dudenhofen, Ober-Roden, Dieburg nach Reinheim wegen Benachteiligung von Babenhausen, Heusenstamm und Dietzenbach ist vor allem der Hinweis auf die Probleme der damals schon vorhandenen großen Zahl von Pendlern in diesem Bereich von Interesse. Der angeordnete Abzweig von Bieber nach Heusenstamm und Dietzenbach kam tatsächlich zustande, wenn auch nicht in Form der gewünschten Weiterführung nach Ober-Roden und Dieburg. Die Pendler erhielten durch den Bau der Nebenbahn die Möglichkeit, von ihren Arbeitsstätten in Frankfurt und Offenbach aus „des Nachts bei ihren Familien wohnen zu können“.



Gedruckte Eingabe der Gemeinden Babenhausen, Harreshausen, Schlierbach, Langstadt, Schaaßheim, Sickenhofen, Hergershausen, Eppertshausen, Dieburg, Dietzenbach, Münster und Heusenstamm an den Landtag zum Bau einer Nebenbahn von Dieburg durch den Rodgau. (StAD G 31 L, Nr. 717)

Bericht des Kreisamtes Darmstadt an die Zentralstelle für Landesstatistik über einen Arbeiter-Streik in der Kammfabrik Ober-Ramstadt, Darmstadt 12. Januar 1909. (StAD G 13, Nr. 135)



Der Streik wurde wegen Entlassung zweier rechtlich zu entlassenen Arbeiter, ferner wegen angeblicher Nichtauszahlung der Überstundungspreise ins Werk gesetzt. Die Unhaltsamkeit der letzteren Behauptung wurde dem s(einer) Z(eit) hier weilenden Streikvertreter Gauvorsteher schriftlich wiederlegt, so dass dieser Grund nur als eine Macho zu betrachten war.

Der vom 15. bis 29. August 1908 dauernde Streik entzündete sich an der angeblich widerrechtlichen Entlassung zweier Arbeiter sowie dem Vorwurf nicht bezahlter Überstunden. An dem Streik der zwölf Arbeiter beteiligte sich nur der Vorarbeiter nicht.

Parallel zu dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte vollzog sich durch den Aufstand des Ersatzheeres, der mit dem Ausbruch von Unruhen in Kiel am 3. November 1918 seinen Anfang nahm, die Auflösung der monarchischen politischen Strukturen. Die Übergabe der Regierung durch den letzten kaiserlichen Reichskanzler, Prinz Max v. Baden, an Friedrich Ebert, den Führer der Mehrheitssozialisten, erfolgte am 9. November 1918, noch vor der offiziellen Abdankung Wilhelms II.



In Darmstadt konstituierte sich in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1918 der Soldatenrat des Truppenübungsplatzes unter Einbeziehung von Arbeitern und Bauern und erklärte Hessen-Darmstadt zur „freien sozialistischen Republik bis ein deutscher Republikstaat gegründet ist“. Großherzog Ernst Ludwig wurde abgesetzt.

Aufruf des Hessischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates im „Hessischen Volksfreund“ vom 9. November 1918 an das hessische Volk. (StAD R 4, Nr. 13087)

Die Weimarer Republik

Ergebnis der Wahlen
zur
verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung
am 19. Januar 1919.

Kreis	Name des Wahlbezirks	Wahlbezirk	Stimmen	Stimmenverteilung nach Parteien											Stimmen
				1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1	Altheim	2	386	1	385	162	-	9	112	37	78	958			
2	Hobach	3	191	-	191	53	-	-	29	39	9	167			
3	Sachsenhausen	4	618	2	616	306	-	91	138	12	112	1927			
4	Willings	5	313	-	313	176	-	9	18	47	11	1195			
	Altebach	10	31	-	31	9	-	-	9	20	3	91			
	Honrod	31	99	-	99	12	-	1	5	-	26	95			
5	Brandau	7	391	2	339	179	-	6	38	17	19	989			
	Altenhofen	1	73	-	73	29	-	-	23	-	26	91			
	Schöhl	31	89	-	89	23	-	-	27	1	11	81			
6	Brensbad	8	518	-	518	276	-	-	129	3	116	676			
7	Dieburg	6	896	3	893	531	2	91	83	1	96	1177			
		11	1613	-	1613	536	1	209	168	16	83	1178			
8	Dornbühl	14	123	3	120	9	-	16	1	-	-	181			
9	Eppertshausen	13	739	4	732	232	7	151	4	-	-	817			
10	Gräßhofen	19	136	-	136	15	-	1	19	7	39	245			
	Sythenrode	23	93	-	93	5	-	-	17	16	5	97			
	<i>Summe</i>		7379	13	7366	3189	11	209	168	16	83	3363			

Ergebnisse der Wahl zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung im Kreis Dieburg am 19. Januar 1919. (StAD G 13, Nr. 53)

Auffallend stark ist neben der führenden Vereinigten Sozialdemokratischen Partei aus Mehrheitssozialisten und den nicht zur KPD übergegangenen Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Deutsche Volkspartei, die im Dezember 1918 vom rechten Flügel der Nationalliberalen gegründet worden war. Die aus dem Zusammenschluss des linken Flügels der Nationalliberalen mit der Fortschrittlichen Volkspartei hervorgegangene Deutsche Demokratische Partei erscheint mit örtlichen Wahlvorschlägen. Als bemerkenswert stark erweist sich die Listenverbindung der Deutschnationalen Volkspartei und des Hessischen Bauernbundes.

Die Wahlen zur Nationalversammlung fanden erstmals unter Verwendung des Verhältniswahlrechts statt. Bis dato wurde nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Jetzt erst waren auch die Frauen wahlberechtigt. Aus den Wahlen gingen die Sozialdemokratische Partei, die Zentrumspartei und die Deutsche Demokratische Partei als Sieger hervor. Von diesen Parteien wurde auch die von der Nationalversammlung in Weimar ausgearbeitete Verfassung getragen. Die so genannte „Weimarer Koalition“ regierte im Volksstaat Hessen von 1919 bis 1932.

Bekanntmachung der Ergebnisse der Kreistagswahlen des Kreises Darmstadt vom 19. November 1922. (StAD G 13, Nr. 76)

Bekanntmachung

betr. die Wahlen zu dem Kreistag des Kreises Darmstadt.

Bei der am 19. November 1922 vorgenommenen Wahl zum Kreistag des Kreises Darmstadt sind folgende Stimmen abgegeben worden:

Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Deutsche Partei Deutschlands	2115	Stimmen
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Vereinigte Sozialdemokratische Partei	2454	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Deutsche Demokratische Partei Stadt Darmstadt	3047	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Mittel-Rhein	490	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Deutsche Demokratische Partei Acherfeld, Lahnau, Kessel	477	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Deutsche Demokratische Partei Oberstadt und Göggenh.	501	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Deutsche Demokratische Partei Pfungstadt und Göggenh.	522	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Bürgerliche Arbeitervereinigung Besenfeld und Göggenh	304	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Deutsche Demokratische Partei Griesheim und Göggenh	435	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Zentrum	2360	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Kreiswahl Deutsche - Volkspartei	1568	"
Für den Wahlvorschlag mit dem Kennwort: <i>Einheitsliste</i> Vereinigter Wahlvorschlag der Deutschnationalen (Deutschen) Volkspartei und des Hessischen Bauernbundes, verbunden mit: L. Konrad, Joh. Carl, Grünwald, Besenfeld	7192	"
Insgesamt:	20439	Stimmen



Öffentliche Umzüge der verfeindeten Parteien der Linken und Rechten endeten immer häufiger in Straßenschlachten zwischen ihren Anhängern. Mit einem Verbot von „Auf- und Umzügen, Durchmärschen und Sammeltransporten nationalsozialistischer und kommunistischer Organisationen mit Kraftfahrzeugen, Fuhrwerken oder Fahrrädern“ wurde versucht, diese Ausschreitungen zu unterbinden. Zwar verfügten die Parteien der Weimarer Koalition im 1927 gewählten Landtag noch über 58 Prozent der Stimmen, sodass die Politik des Polizeiministers und Gewerkschafters Leuschner parlamentarischen Rückhalt besaß. Aus Furcht vor den Ergebnissen einer Neuwahl verlängerte der Landtag durch ein verfassungsänderndes Gesetz am 28. März dennoch die Legislaturperiode um ein Jahr. Die Reichstagswahl am 14. September 1930, in deren Vorfeld das Verbot ausgesprochen worden war, brachte der NSDAP einen Zuwachs auf 37 Prozent der Stimmen.

Verbot nationalsozialistischer und kommunistischer Umzüge durch Innenminister Wilhelm Leuschner im Amtsverkündigungsblatt für den Kreis Dieburg vom 19. August 1930. (StAD Ztg 237)



Mit einer Serie von „Deutschen Tagen“ suchte die NSDAP gegen den Friedensvertrag von Versailles, gegen die Parteien der Weimarer Koalition und den Kommunismus im Sinne ihres rassistischen Gedankenguts Propaganda zu machen. Häufig kam es dabei zu schweren Auseinandersetzungen mit Kommunisten, aber auch mit dem „Reichsbanner“ Schwarz-Rot-Gold. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung, an der 800 SA-Kämpfer teilnahmen, stand die Weihe der Sturmflagge des neuen Sturms 52 in Reinheim.

Aufmarsch der SA beim „Deutschen Tag“ in Reinheim am 9. und 10. Mai 1931. (StAD R 4, Nr. 2895)

Nationalsozialismus und Widerstand

Nachdem die Nationalsozialisten im Jahr 1933 die Macht übernommen hatten, wurden zahlreiche grundlegende Veränderungen vorgenommen. So **beseitigten sie 1936 die gewählten Provinzial- und Kreistage und schafften 1937 die drei selbst verwalteten hessischen Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen ab**. Die Rechtsnachfolge der Provinzen kam dem Land Hessen zu. Die staatlichen Aufgaben, die bislang von den Provinzialdirektionen ausgeübt wurden, übernahm der Reichsstatthalter in Hessen, der wiederum einzelne Dienstgeschäfte an die Kreisämter weitergeben konnte. **Mit einem 1938 erlassenen Gesetz wurde Darmstadt, wo bereits 1937 Eberstadt und Arheilgen eingemeindet worden waren, zur kreisfreien Stadt erklärt**. Der neue Landkreis Darmstadt wurde stark vergrößert und erhielt aus dem aufgelösten Kreis Bensheim die Orte Alsbach, Balkhausen, Bickenbach, Hähnlein, Jugenheim, Ober-Beerbach und Seeheim. Der Kreis Dieburg musste Allertshofen, Brandau, Ernstshofen, Frankenhäuser, Herchenrode, Hoxhohl, Lützelbach, Neunkirchen, Neutsch, Nieder-Modau, Ober-Modau, Rohrbach und Wembach mit Hahn und Koloniewald an den Landkreis Darmstadt abtreten. Die leitenden Beamten in den Landkreisen wurden von nun an Landräte und deren Dienststellen Landratsämter genannt.

Gleichzeitig mit der „Gleichschaltung“ des Kreises, die nominell zur Neubildung des Kreistages und des Kreisausschusses nach dem Schlüssel des Reichstagswahlergebnisses vom 5. März 1933 führte, wurden die Spitzen der Gemeindeverwaltungen durch das Innenministerium mit Parteigehörigen der NSDAP oder sonst als „loyal“ geltenden Gefolgsleuten besetzt.



Verkündigung von Amtsenthebung und kommissarischen Bürgermeisterernennungen in Fränkisch-Crumbach, Ueberau, Groß-Umstadt, Urberrach und Klein-Bieberau im Amtsverkündigungsblatt für den Kreis Dieburg vom 11. April 1933. (StAD Ztg 237)



Erlass des Hessischen Staatsministers an die nachgeordneten Behörden über die Einführung des „Deutschen Grußes“ im Schriftverkehr, Darmstadt 20. Januar 1934. (StAD R 1 B, Nr. 15017)

Am 13. März 1933 hatte der Landtag, dessen kommunistische Abgeordnete ausgeschlossen waren, den bisherigen Landtagspräsidenten Ferdinand Werner zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Er wurde durch den im Zuge der Gleichschaltung der Länder zum Reichsstatthalter ernannten Gauleiter Jakob Sprenger abgesetzt. Sprenger berief den Staatsminister Philipp Wilhelm Jung, der im März 1935 Regierungspräsident in Saarbrücken wurde, für diese Position. Sprenger übernahm dann auch den Posten des Regierungschefs, sodass nun Partei- und Staatsführung in Hessen in einer Hand lagen. Die Einführung der Grußformel „Heil Hitler“ war ein signifikantes Zeichen für die Durchsetzung des nationalsozialistischen Führerstaates, wie er auch durch das „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 etabliert worden war.

Nach dem Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. August 1934 übernahm Adolf Hitler auch das Amt des Staatsoberhauptes mit der Bezeichnung „Führer und Reichskanzler“. Die

Parole „Adolf Hitler ist ein Schuft“ erfüllte strafrechtlich den Tatbestand der „schweren Beleidigung“. Zusammen mit der Zeichnung von Hammer und Sichel an zwei Apfelbäumen ist hier zweifellos ein Beleg für den fortdauernden Widerstand der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands zu sehen. Der Bericht zeigt das Funktionieren des Polizeiapparates im totalen Überwachungsstaat, der gleichwohl erst nach Ablauf von beinahe einer Woche auf die Parolen aufmerksam gemacht wurde.

Bericht der Landesgendarmerie-Station Groß-Umstadt an die Gestapo Darmstadt über Widerstandsparolen an der Straße zwischen Groß-Umstadt und Raibach, mit Foto, Groß-Umstadt 17. November 1935. (StAD R 4, Nr. 13125/1-2)

Landes-Gendarmerie
Bezirk-Dieburg
Station Groß-Umstadt
Groß-Umstadt, den 17. November 1935.
Abschrift.
Betreffend: Beleidigung des Führers u. Reichskanzlers Adolf-Hitler.
An
Geheimes Staatspolizeiamt
Darmstadt.
Am 16. Nov. 1935, wurde die Gend. Station Groß-Umstadt von der Bürgermeisterei Raibach telefonisch benachrichtigt, daß an Telegraphenstangen auf der Straße zwischen Groß-Umstadt und Raibach Gemarkung Groß-Umstadt und Raibach, mittels Kreide Schriften angebracht seien, die eine schwere Beleidigung des Führers darstellen würden. Unterzeichneter begab sich sofort auf die Straße Groß-Umstadt Raibach und stellte folgendes fest:
Kurz vor Raibach und in unmittelbarer Nähe des Hauses, von dem Postbeamten Fischer, haben Täter mit weißer Kreide an eine Telegraphenstange von oben nach unten geschrieben. Adolf Hitler ist ein Schuft ! An zwei weiteren Telegraphenstangen schrieben sie: R o t Front ! An zwei Apfelbäume wurden an ^{einem} Baum eine Sichel mit Hammer gemalt. Unterzeichneter begab sich weiter bis zum Ort Raibach und fand an dem Tor des Wilhelm Kumpf zu Raibach, wiederum die Schrift, Adolf Hitler ist ein Schuft ! Da die Schrift an dem Tor Kumpf sehr deutlich geschrieben war, wurde zur weiteren Aufklärung die Schrift durch eine fotografische Aufnahme festgehalten, während die anderen Schriften an den Telegraphenstangen zur Aufnahme nicht zu verwerten waren. Alle andere, beleidigende, Schriften wurden entfernt. Wie die Feststellungen ergaben, war die Schrift schon am Dienstag den 12. 11. 35 an den Telegraphenstangen bemerkt worden. Es ist daher anzunehmen, daß der, oder die Täter am Sonntag den 10. Nov. 35, angebracht haben, und zwar nachdem sie aus dem Kino ~~am~~ Groß-Umstadt nach Rai-



Nationalsozialismus und Widerstand

Die Rassenideologie des Nationalsozialismus mit ihrer Diffamierung des „jüdischen Untermenschen“ war auf Entrechtung und Ausrottung der jüdischen Mitbürger gerichtet, denen die Schuld an der Niederlage des Reiches im Ersten Weltkrieg angelastet wurde. Bereits der 1. April 1933 war als groß angelegter Boykott-Tag Auftakt zur wirtschaftlichen Beseitigung jüdischer Konkurrenz. Auswanderungsbereitschaft wurde in dieser Phase von den Behörden gefördert. Der Passantrag der Familie Neu zeigt in der amtlichen Beschreibung der Person (‘‘Farbe der Augen: blau, Farbe des Haares: dunkelblond’’), wie absurd die offiziellen Rassenmerkmale waren. Als Ziel der Auswanderung werden ‘‘Amerika oder Palästina’’ genannt.

Herrl. Bürgermeisterei Lengfeld.

Bezugend: Antrag des Ludwig Neu zu Lengfeld i. Odw. um Ausstellung eines Passes.

Personalbeschreibung:

Gebalt mittel

Größe swal

Farbe der Augen blau

Farbe des Haars d. blond

Besondere Kennzeichen -

Passbericht.

Lengfeld, den 27. im August 1935

Dr. schriftlicher Antragsteller:
Ludwig Neu

geboren am 22.9.1895 zu Lengfeld i. Odw.

Stand oder Gewerbe Kaufmann

wohnhaft zu Lengfeld i. Odw.

Rathaus, Straße Nr. 6 (zu seiner Geburt will ich nach Amerika oder Palästina begeben, in der Absicht, sich dort niederzulassen

und bittet um die Erteilung eines Passes auf die Dauer von -. Der Passbewerber besitzt die Deutsch Staatsangehörigkeit. Früherer Aufenthaltsort: -. Früherer Aufenthalt im Ausland: - wo: -

was: -

Diebstahl ist angefallen. (S. Zsm. 1.)

Das Gesicht wird befürwortet.

Begründung, falls das Gesicht nicht befürwortet wird (S. Zsm. 2.)

Lengfeld i. Odw. 27. Aug. 1935

Herrl. Bürgermeister Lengfeld L.O.

Walters

Verfügung:

Dieburg, den 27 im 1935

- I. Kopie des Passes, gültig bis 1.11.36
- II. Dem Antrag Nr. 173
- III. Stempel 3 Mk. - Wg.
- IV. De - in -
- V. J. B. Z.

3 2 1

In **Kreisamt Dieburg.**

Zusammenfassung 1. Das Gesicht nach dem neueren Verfahren mit dem Passbewerber eingehend untersucht werden, auch darf es nach einem Stempel über den Zeit einer Stempel tragen. Weiteres Sachverhalte bezüglich in diesem Zusammenhang der Passbewerber beizubehalten werden. Soll der Passbewerber von politischen Verbrechen oder der Verbrechen befreit werden, so ist auf der Rückseite des Lichtbildes zu bezeichnen, daß der Passbewerber für nach dem Lichtbild nachgegebenen Verbrechen ist

Zusammenfassung 2. Der Pass ist zu erteilen:

- a) wenn der Antragsteller (Antragsteller) einwandfrei (z. B. Strafverurteilung oder Strafverfahren) gegen ihn (Passbewerber);
- b) wenn Tatsachen die Anwendung nachstehenden, daß der Pass in den Händen des Antragstellers die Befreiung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Nachteile zu erwarten sind;
- c) wenn Tatsachen die Anwendung nachstehenden, daß der Passbewerber den Pass beantragt, um sich seine Staatsangehörigkeit zu erlangen oder um die Befreiung von der Einbürgerung und Befreiung von Einbürgerung zu erlangen;
- d) wenn Tatsachen die Anwendung nachstehenden, daß der Passbewerber in einem anderen Lande wohnt.

Der Pass kann verweigert werden, wenn Tatsachen die Anwendung nachstehenden, daß der Passbewerber den Pass beantragt, um sich eine Stelle in dem Ausland seiner persönlichen Unterhaltungsverhältnisse zu erlangen.

Diebstahl und Verbrechen von Verbrechen dürfen nicht auf Antrag oder mit Einwilligung des persönlichen Vertreter ausgestellt werden.

(§§ 11 und 12 Abs. 1 der Verordnungen zur Ausführung der Aufenthaltsgesetze vom 6. Juni 1934 N. R. S. I. S. 211.)

Bericht der Bürgermeisterei Lengfeld an das Kreisamt Dieburg zum Passantrag der Familie Neu, Lengfeld 27. August 1935. (StAD G 15 Dieburg, Nr. Q 324)

25. November 1938.

Entlassung von Juden aus dem KZ-Lager.

AN
Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle -
D A R M S T A D T.

Die Juden Moritz Reis, geb. 16.X.1881, wohnhaft in Eppertshausen und Julius Lichtenstein, geb. 31.1.1888, wohnhaft zu Langstadt, haben nachgefragt, dass sie im Besitze einer Schiffkarte sind. Sie beabsichtigen, in den nächsten Tagen auszuwandern. Ich bitte um Entlassung aus dem KZ-Lager der beide Obengenannten aus dem KZ-Lager. Ausserdem bitte ich um Freilassung des Max Krämer, geb. 26. April 1873, wohnhaft in Dieburg da derselbe über 60. Jahre alt ist.

Handwritten: 15. X. 1938

12. Jan. 1939
Im den 20/11/38

Die im Rahmen der Geiselnahme nach der Reichspogromnacht verhafteten Juden Moritz Reis aus Eppertshausen und Julius Lichtenstein aus Langstadt sollten zur Auswanderung aus dem KZ entlassen werden. Für den Dieburger Max Krämer machte das Kreisamt Altersgründe geltend.

Bericht und Bitte des Kreisamts Dieburg an die Gestapo Darmstadt um Entlassung von Juden aus dem KZ, 25. November 1938. (StAD G 15 Dieburg, Nr. Q 592)

Durch die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 war im Sinne des NS-Gedankengutes ein sog. „Mischlingsproblem“ geschaffen worden. Das Fehlen der „arischen Großmutter“ wurde nach der Wannsee-Konferenz entscheidend über Leben und Tod. Am 20. Januar 1942 war dort die „Endlösung der Judenfrage“ durch Massenvernichtung beschlossen worden. Die letzte Deportation Darmstädter Juden nach Theresienstadt erfolgte im Februar 1943. Im Mai 1943 sollten die noch im Landkreis Dieburg lebenden jüdischen Einwohner erfasst werden.

Der Landrat
des
Landkreises Dieburg
Terminfache Dieburg, den 24. Mai 1943.

Betr.: Juden und Judenmischlinge.

An den
Bürgermeister Dieburg als Ortspolizeibehörde
und die Gendarmerieposten des Kreises.

Bis spätestens am 27. d. Mts. ist mir ein Verzeichnis über die in Ihrem Dienstbezirk noch wohnenden Juden und Judenmischlinge unter Angabe der Personalien (auch Angabe, ob verheiratet, verwitwet usw., Anzahl der Kinder) vorzulegen, Gegebenenfalls ist Fehlbericht zu erstatten.

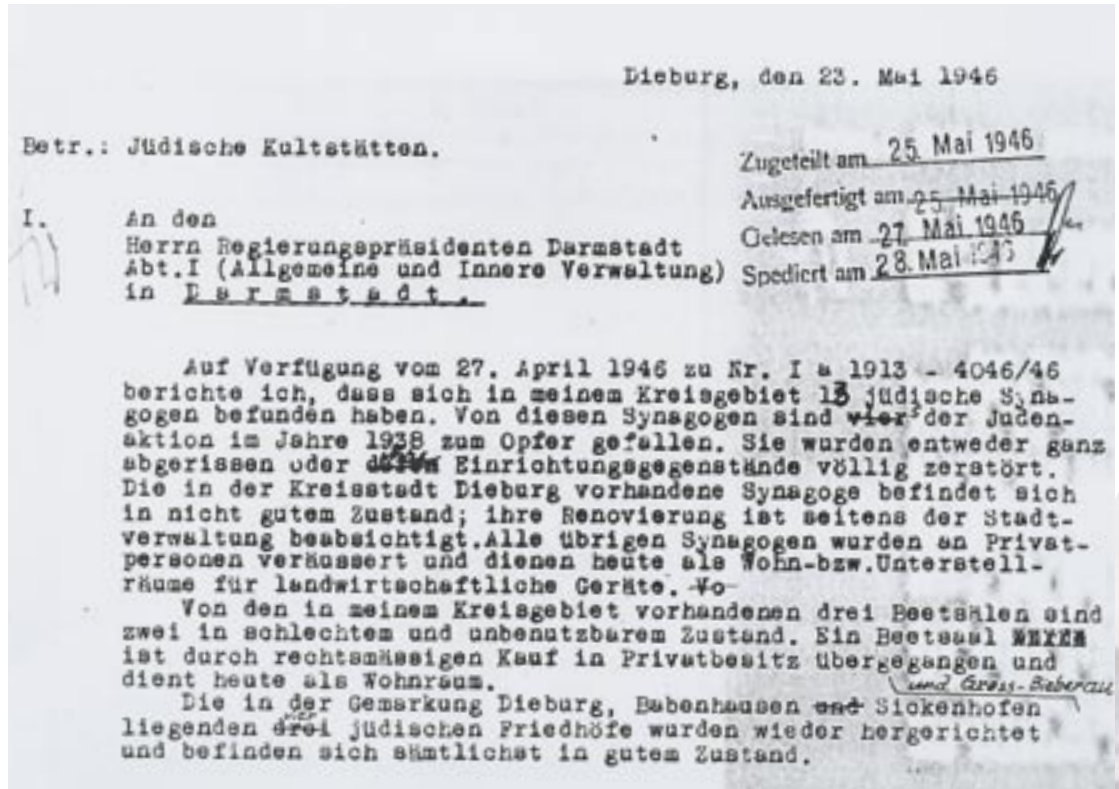
Die Sache ist vertraulich zu behandeln.

J.A.
ges. Müller.

Eilige und vertrauliche Weisung des Landrates des Landkreises Dieburg an die Polizeibehörden zur Erfassung von Juden und Judenmischlingen, Dieburg, 24. Mai 1943. (Aus Broschüre „150 Jahre Kreisverwaltung in Darmstadt-Dieburg“, S. 141)

Ende des Krieges und Wiederaufbau

Die von der Besatzungsmacht unmittelbar nach Kriegsende veranlasste Bestandsaufnahme ergab, dass keine Synagogen und kein Kulträume mehr benutzbar waren. Lediglich die vier Friedhöfe von Dieburg, Babenhausen, Sickenhofen und Groß-Bieberau hatte man nach Kriegsende wieder hergerichtet.



Bericht des Landrats zu Dieburg an den Regierungspräsidenten in Darmstadt über jüdische Kultstätten, Dieburg 23. Mai 1946. (Aus Broschüre „150 Jahre Kreisverwaltung in Darmstadt-Dieburg“, S. 142)

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, als nur Teile Deutschlands auf Zeit zur Sicherung der westlichen Nachbarn besetzt wurden, hatten die Alliierten im 2. Weltkrieg den Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation Nazi-

Deutschlands festgeschrieben.

Ein Programm zur Umerziehung des deutschen Volkes sollte die nationalsozialistische Ideologie beseitigen.

Military Government - Germany

Notice.

American lines have now been advanced beyond this town.

German soldiers now wearing civilian clothes must immediately wear their army uniforms

and report to nearest Allied military headquarters.

Failure to do so will subject them to trial as spies, the penalty of which is death.

By order of Military Government.

Militärregierung - Deutschland

Bekanntmachung.

Die amerikanischen Truppen sind jetzt bis an die andere Seite der Stadt vorgedrungen.

Deutsche Soldaten, die jetzt Zivilkleidung tragen, müssen sofort ihre Uniform anlegen

und sich beim nächsten Alliierten Hauptquartier melden.

Im Falle der Nichtfolgeleistung obiger Anforderung werden obengenannte Personen als Spione verurteilt werden, worauf die Todesstrafe steht.

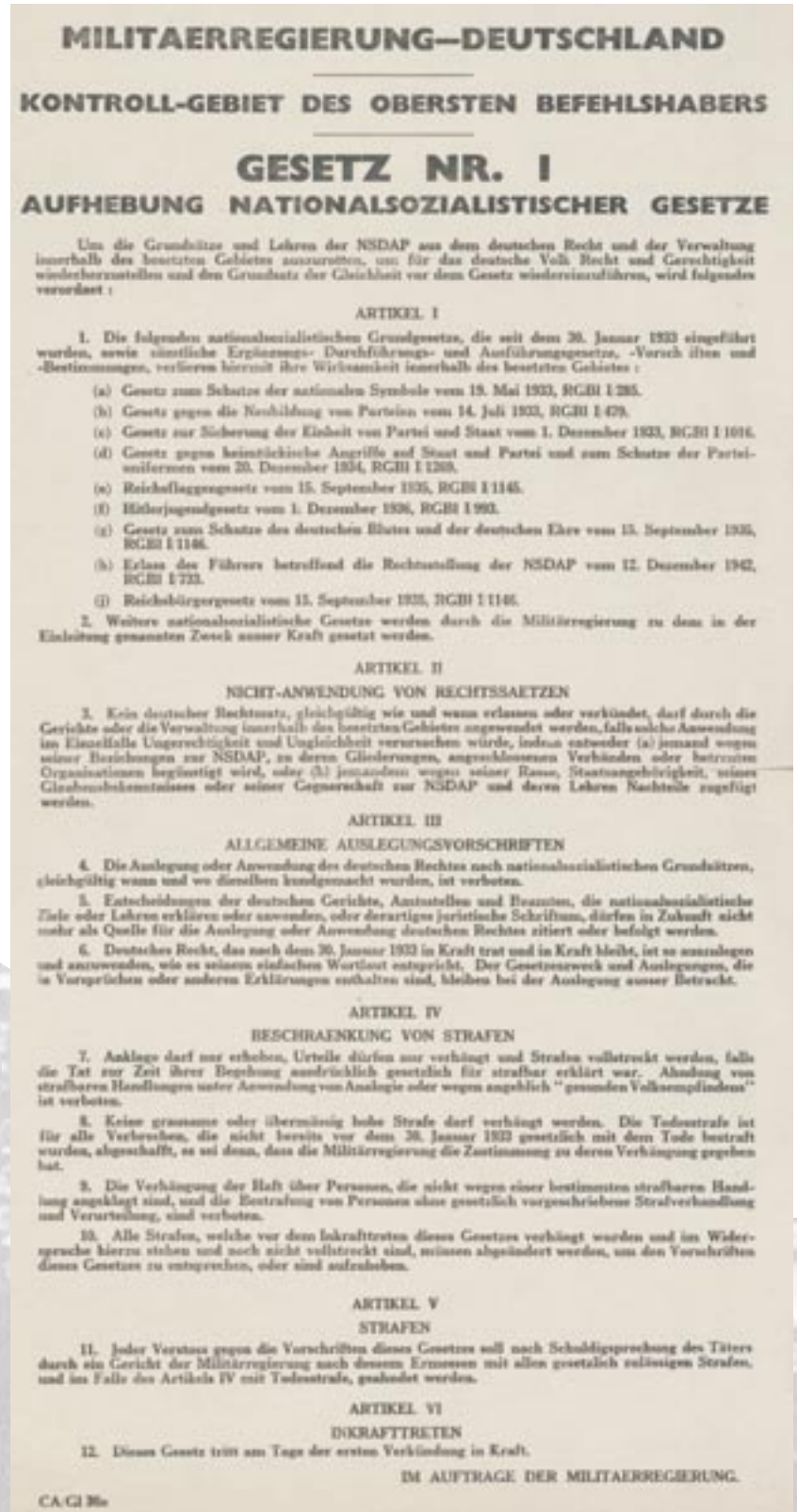
Im Auftrage der Militärregierung.

Bekanntmachung der Militärregierung Deutschland an die deutschen Soldaten beim Einmarsch in Darmstadt, 1945. (Fotosammlung Stadtarchiv, ohne Herkunftsangabe)

Das erste Gesetz der vier alliierten Mächte, die nun in Deutschland Staatsgewalt übernahmen, bezog sich auf die Außerkraftsetzung der nationalsozialistischen Rassegesetze sowie auf das Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen. Das Gesetz verbot auch die Verurteilung im Namen des „gesunden Volksempfindens“.

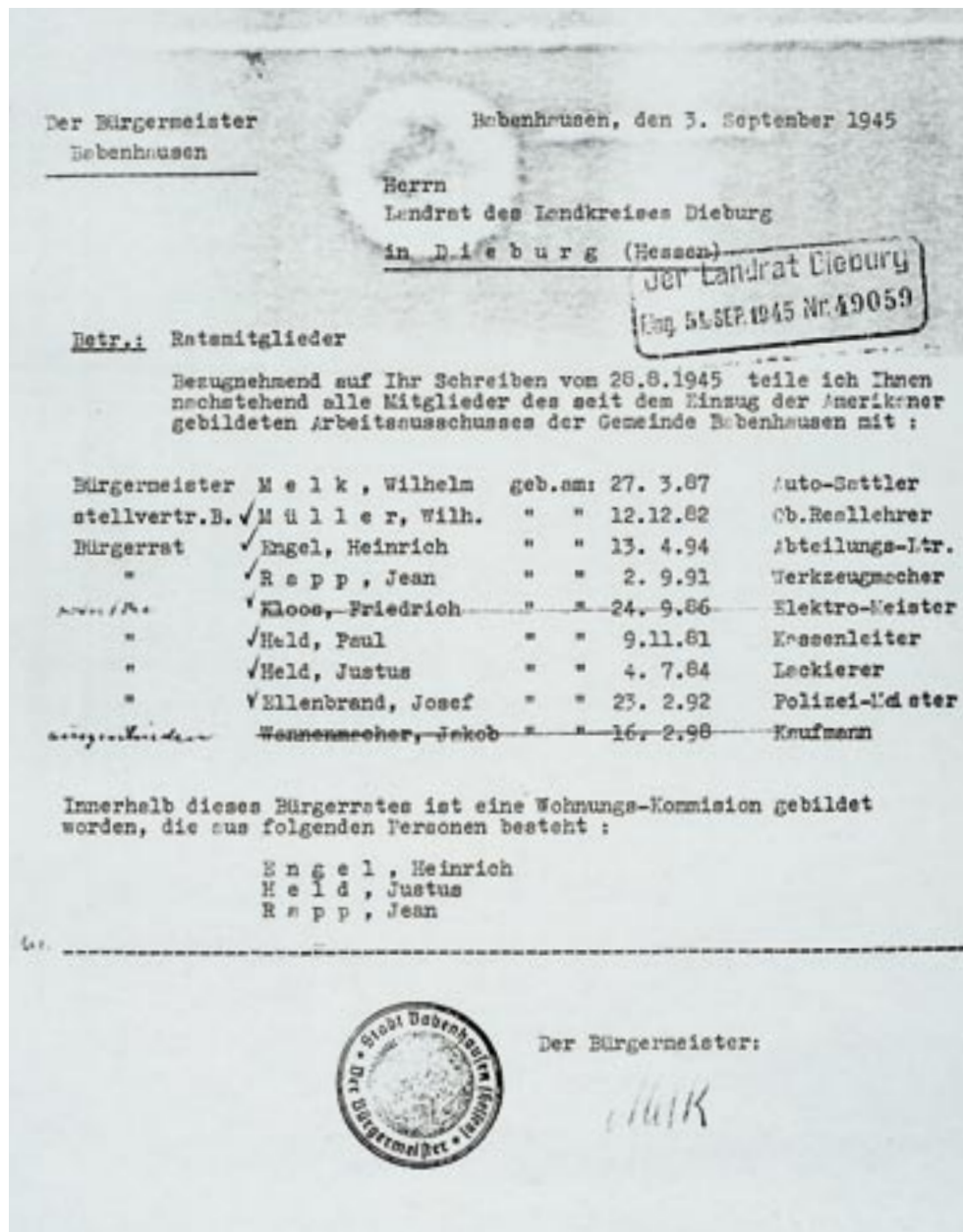


Gesetz Nr. 1 der Militärregierung Deutschland, 1945. (StAD R 2, 556)



Ende des Krieges und Wiederaufbau

Der auf Weisung der Militärregierung gebildete Bürgerrat ersetzte die fehlende demokratisch legitimierte Volksvertretung, die erst mit der Gemeindewahl vom 26. Mai 1946 ins Leben gerufen wurde. Eines der drängendsten Probleme war der Wohnungsmangel, für dessen Beseitigung im Garnisonsort Babenhausen eine dreiköpfige Kommission gebildet wurde.



Bericht des Bürgermeisters von Babenhausen an den Landrat des Kreises Dieburg über die Bildung eines Arbeitsausschusses der Gemeinde, Babenhausen, 3. September 1945. (Aus Broschüre „150 Jahre Kreisverwaltung in Darmstadt-Dieburg“, S. 146)

Am Tag nach dem Inkrafttreten der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht (7. Mai 1945 Reims, 8. Mai 1945 Karlshorst) wurde hier über eine Besprechung mit „Arbeitern und Bauern“ berichtet. Im Vordergrund der Fragen stand die Beschaffung von Wohnraum, der im Umkreis von Darmstadt besonders gering war. Der Bericht ist kennzeichnend für das in der Notlage akzentuierte sozialistische Gedankengut, das sich auch in Erwartung des Wiederaufbaus der Wirtschaft auf demokratischer Grundlage äußerte.

29.5.45
J.F.W.
NR

Bickenbach, den 8.5.45

Der Landrat des
Landkreises Darmstadt
am 9. MAI 1945

An den
Herrn Landrat
Nieder-Darmstadt

Der Bürgermeister und sein Vertreter der Gemeinde Bickenbach, sehen sich veranlasst, dem Herrn Landrat über eine Besprechung mit Arbeitern und Bauern zu informieren. Die eingeladenen Personen, darunter der Gemeindevorstand und der Rechner der Spar- u. -Darlehnskasse können sich diesbezüglich einer allgemeinen Beliebtheit erfreuen, da sie als antifaschistisch/erkannt und ein rechtseffektiver Lebenswandel ihnen nachzuweisen ist. Ihre fortschrittliche Denkhaltung gibt Garantie dafür, im Interesse der Allgemeinheit den Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft auf demokratischer Grundlage mitzubringen und maßgebend zu beeinflussen.

Auf der Tagesordnung standen:

Punkt 1.: Behebung der Wohnungsnot durch Wiederinstandsetzung der durch Artilleriebeschuss und Bombenabwurf beschädigten Wohnhäuser und darüber hinaus die Herstellung von Behelfsheimen auf Grundstücke, die als total beschädigt in Frage kommen.

Punkt 2.: Scharbeiterfrage.

Punkt 3.: Materialbeschaffung.

Punkt 4.: Finanzierung.

Punkt 5.: Lohnfrage.

Punkt 6.: Herrichtung einer Verpflegungsküche mit Übernachtungsräumen.

Punkt 7.: Inbetriebnahme eines Holzvergaser-Regens und evtl. einer Holzschneidemaschine für gemeinheitliche Zwecke.

Punkt 8.: Besetzung der Wasserpumpstation durch einen Facharbeiter.

Punkt 9.: Futtermittelversteigerung in der Gemeinde.

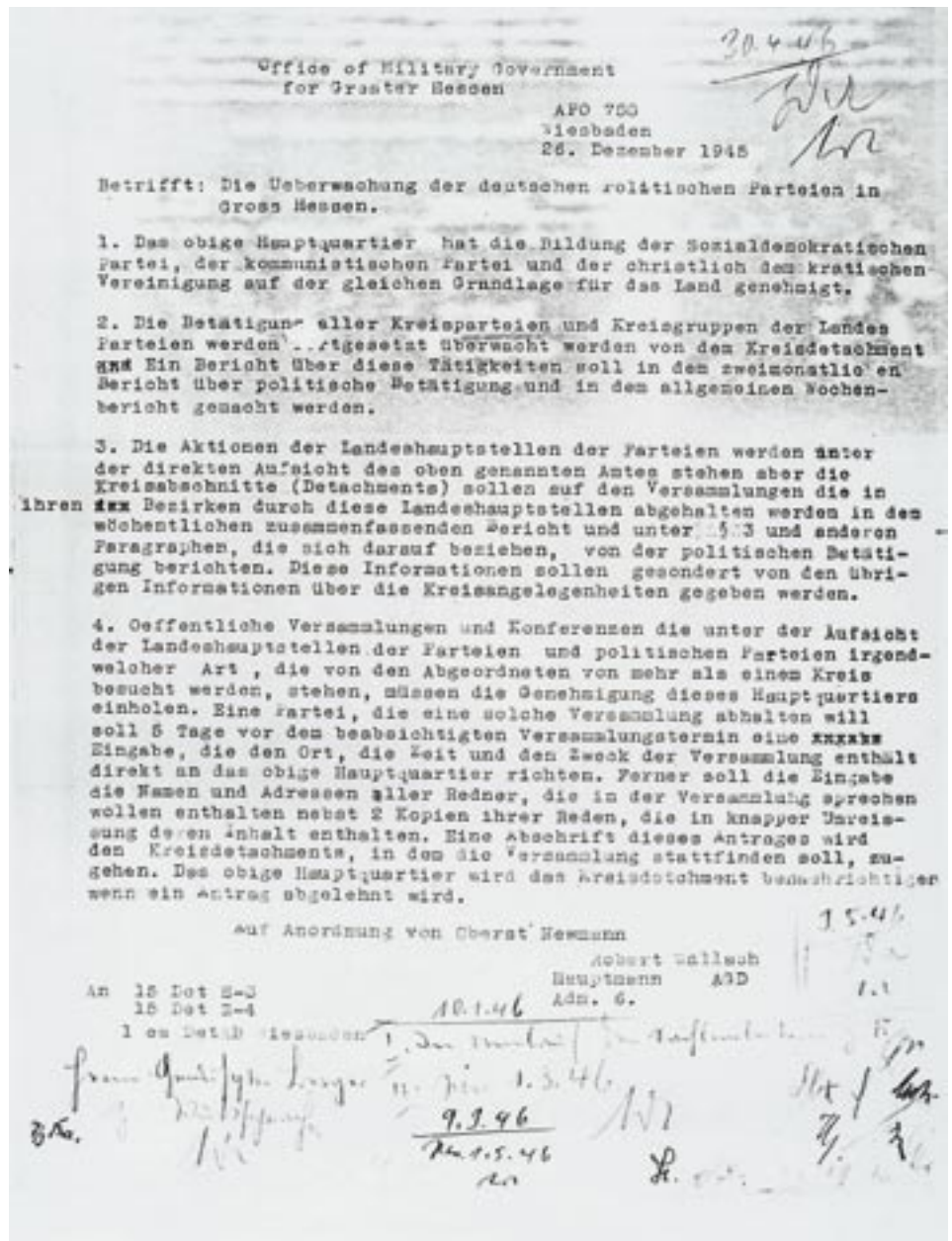
Punkt 10.: Erforderliche Maßnahmen zu ergreifen, die dazu dienen, den Wirtschaftsmotoren einen Überblick zu verschaffen über die noch vorhandenen Lebensmittelvorräte, sowie aller Gegenstände des Bedarfs und sofern als Volksgut zu bezeichnen sind als sie bei Geschäftleuten oder Auswechslern noch vorhanden sind.

Über die Fragen von Punkt 1 - 5, Behebung der Wohnungsnot, wird mir eine klar darüber, dass dieses für die Zukunft ein vordringliches Problem mit sein wird. Gesundheitliche Wohnverhältnisse ist immer eine Voraussetzung für die Gesunderhaltung der überaus wichtigen Arbeitskraft. Wir sind uns klar darüber, dass unsere Gemeinde nicht Deutschland ist. Bei dem ungeheuren Ausmaß der vernichteten Wohnstätten wird dieses Problem mit einer ungeheuren Sucht an alle Instanzen herangetragen und wir wissen, dass nur in Einvernehmen mit allen in Frage kommenden Organen mit einer zufriedenstellenden praktischen Arbeit in allen Gebieten begonnen werden kann. Wir wissen, dass mit allen nur Verfügung stehenden Mitteln an Material und Arbeitskräften sowie Finanzen sehr sparsam umgegangen werden muss, dass bei Reparaturen für Wohnzwecke nur Kleinreparaturen in Frage kommen können und Reparaturen nur in dringenden Fällen durchzuführen sind, dass als Arbeitgeber nur die Gemeinde in Frage kommen kann, weil dadurch das Bestreben eines Sinnerfolgs, aus der Notlage persönlichen Nutzen zu ziehen, unterbunden wird, und eine gerechte Instandsetzungsverteilung gewährleistet wird. Was die Arbeitskräfte betrifft, so haben wir a. H. 2 Maurer, 1 Maler und 1 Zimmermann. Ältere Jahrgänge von 55 - 65 Jahre als Facharbeiter aus der Gemeinde zur Verfügung mit Hilfe von 2 im Beruf gut eingearbeiteten Hilfsarbeitern. Wir dürften somit in der Lage sein, der Arbeit Herr zu werden. Die Materialfrage könnte bis auf die Kalkfrage, zu der wir von Ihrer Seite eine Unterstützung zugesagt wurde, als gelöst betrachtet werden. Die Finanzierung kann mit vorliegenden getätigten Geldern für schon unentgeltlich ausgeführte Reparaturen, in die Wege geleitet werden.

Bericht der Bürgermeisterei Bickenbach an den Landrat des Kreises Darmstadt über die dringendsten Probleme, Bickenbach 8. Mai 1945.
(StAD H 2 Darmstadt, Nr. 9324)

Ende des Krieges und Wiederaufbau

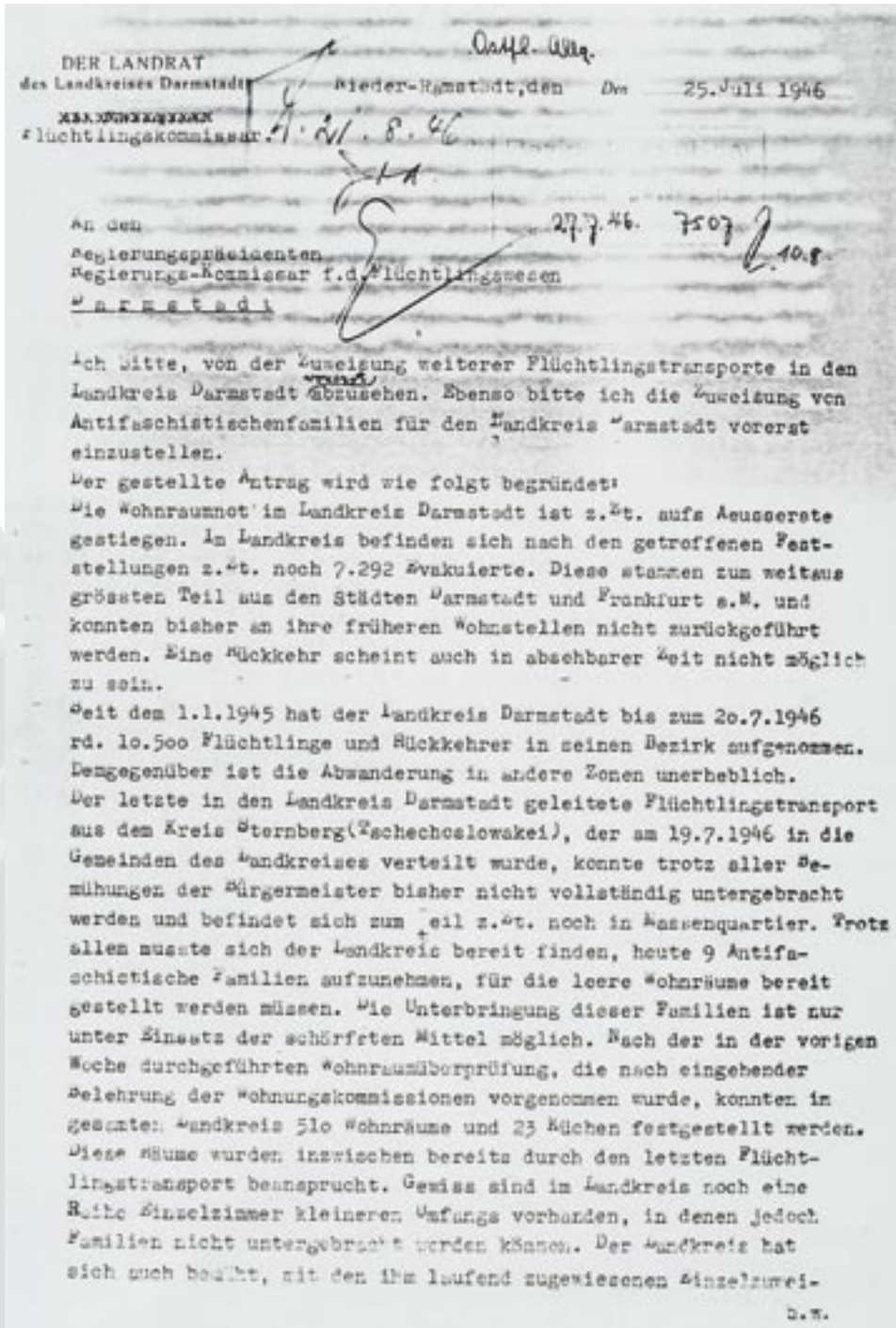
Noch vor der Potsdamer Konferenz, auf der die Siegermächte UdSSR, USA und Großbritannien über das Schicksal Nachkriegsdeutschlands zu befinden hatten, errichtete die sowjetische Militärverwaltung in ihrer Zone am 6. Juni 1945 Parteien und Regionalverwaltungen. Bestimmend für die Folgezeit wurde dort die „Gruppe Ulbricht“ der ehemaligen KPD, die sofort nach Kriegsende aus Moskau nach Berlin eingeflogen wurde. Auf die Einsetzung einer hessischen Landesregierung in Wiesbaden am 12. Oktober 1945 folgte am 13. Dezember die Zulassung der KPD, am 26. Dezember die der SPD und der CDU, schließlich am 11. Januar die der Liberaldemokratischen Partei. Die Zulassung der Parteien war die Voraussetzung für die Durchführung der Kommunalwahlen Ende Januar und der Kreistagswahlen am 29. April 1946.



Genehmigung der Militärregierung für die Zulassung politischer Parteien in Hessen, Wiesbaden 26. Dezember 1945. (Aus Broschüre „150 Jahre Kreisverwaltung in Darmstadt-Dieburg“, S. 151)

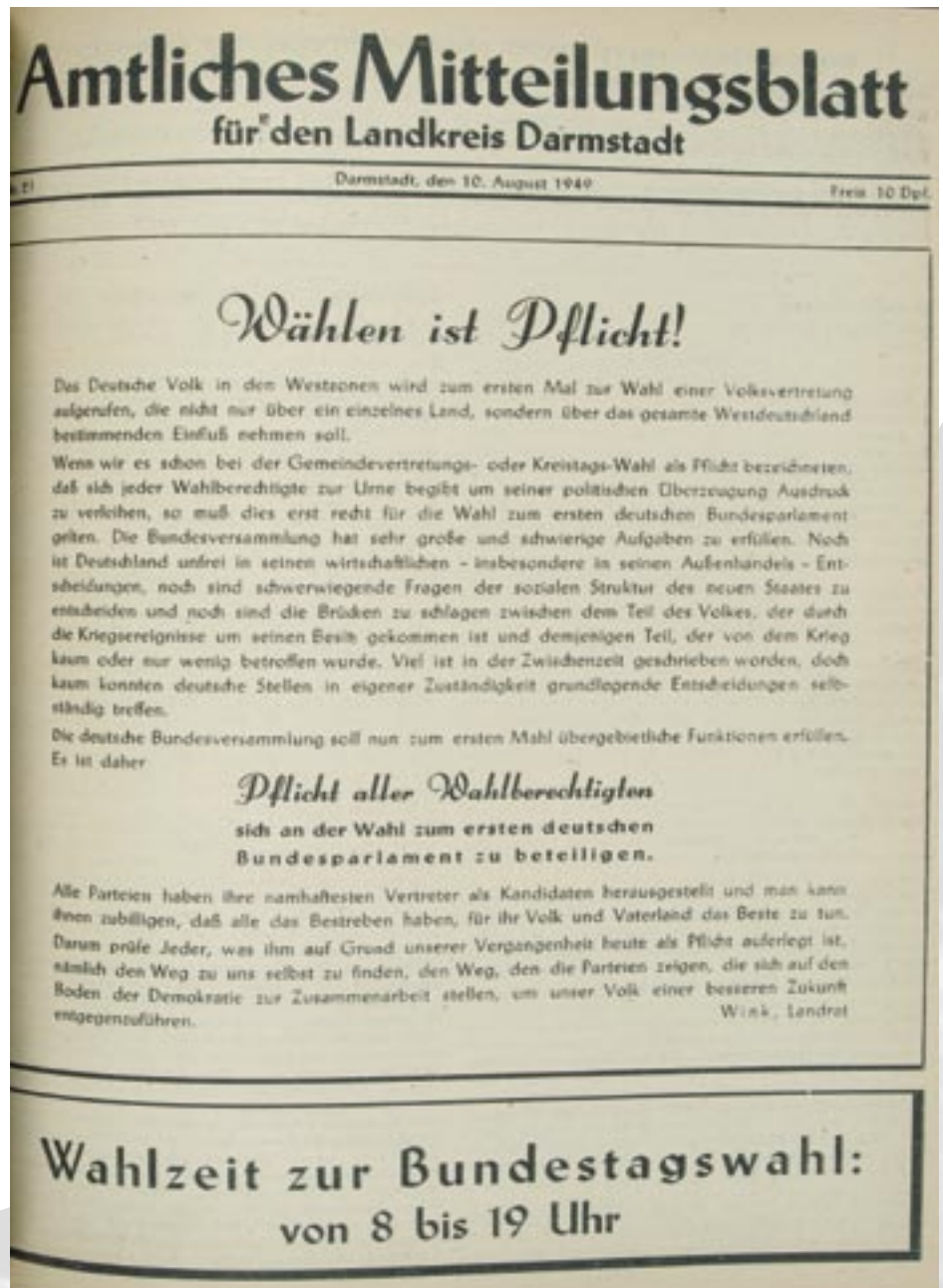
Die Ausweisung der Deutschen aus Ungarn, der Tschechoslowakei und den unter polnischer Verwaltung gestellten Gebieten jenseits von Oder und Neiße war ein Ergebnis der Potsdamer Konferenz der Siegermächte.

Von Februar 1946 bis Jahresende kamen in Hessen 635 165 Menschen mit Aussiedlerzügen an, die von hier in die anderen Länder der amerikanischen Besatzungszone weiter geleitet wurden. Besondere Belastungen brachte dies für die stadtnahen Landkreise mit sich, die seit der Zerstörung Darmstadts und Frankfurts bereits mit Evakuierten überfüllt waren. Jeder Landkreis hatte wöchentlich mindestens 400 und höchstens 1 200 Ausgewiesene unterzubringen.



Bericht des Flüchtlingskommissars des Landkreises Darmstadt an den Regierungskommissar für das Flüchtlingswesen beim Regierungspräsidenten über Flüchtlingszuweisungen, Nieder-Ramstadt 25. Juli 1946. (Aus Broschüre „150 Jahre Kreisverwaltung in Darmstadt-Dieburg“, S. 156)

Das Scheitern einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der Siegermächte des 2. Weltkrieges führte über die Währungsreform der Westzonen im Juni 1948 und das Ausscheiden der Sowjetunion aus dem Alliierten Kontrollrat in Berlin zur Berufung des Parlamentarischen Rates aus Vertretern der Länder in den Westzonen. Er sollte das Grundgesetz für den geplanten Weststaat ausarbeiten. Die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 wird das Ausgangsdatum für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die zunächst noch unter dem Besatzungsstatut steht, das erst der Deutschlandvertrag 1952 aufhebt. Aus den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag geht die CDU mit 31 Prozent als stärkste Partei hervor. Konrad Adenauer wird erster Kanzler.



Aufruf des Landrates Georg Wink im Amtlichen Mitteilungsblatt für den Landkreis Darmstadt zur Teilnahme an der Bundestagswahl, Darmstadt 10. August 1949. (StAD Ztg 122)

Die Landkreise vor der Vereinigung

1952 erfolgte auf Antrag der Gemeinden die nächste – sehr kleine – Gebietsreform, nach der Asbach, Klein-Bieberau und Webern in den Kreis Darmstadt aufgenommen werden und den Kreis Dieburg verlassen.



Als Bildungseinrichtung, die in der Form des Schuldorfes „die Gräben des Standesdünkels zwischen den Schulen zuschütten und eine wirkliche Gemeinschaft der Kinder entwickeln“ sollte, war nach Anregung des Amerikaners Keneth A. Bateman das Schuldorf geplant worden. Vorsitzender des Zweckverbandes war Landrat Wink, während der ehemalige Ministerpräsident Christian Stock die Einrichtung förderte. Bis zum Inkrafttreten des Deutschlandvertrages übte Landeskommissar Dr. Newman für die Besatzungsmacht die höchste Autorität in Hessen aus. Das Schuldorf wurde 1954 eingeweiht.

Foto der Grundsteinlegung des Schuldorfes Bergstraße am 28. Mai 1952. (StAD R 4, Nr. 13154)



Begrüßung des hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn vor dem Rathaus in Groß-Umstadt und Überreichung eines Kruges voller Umstädter Naturwein durch den Bürgermeister Ludwig Wedel. Erste Reihe stehend, v.l.n.r. Ludwig Wedel, Wilhelm Arnoul (Regierungspräsident in Darmstadt), Dr. Georg August Zinn und Franz Gruber (Landrat Kreis Dieburg). (StAD R 4, Nr. 5510)



Bau der B 26.



Ehrenbürgerin der Stadt Babenhausen (mitte) und Landrat Ludwig Pfeiffer (rechts), 15. März 1959.



Ausflug aufs Land.



Ortsbesichtigung in Habitzheim mit Karl Günter Kronawitter, MdL (mitte).

Die Landkreise vor der Vereinigung

Der Odenwaldkreis erhält im Jahr 1972 die Orte Brensbach, Wersau und Fränkisch-Crumbach aus dem Kreis Dieburg.



Albert Osswald, Hessischer Ministerpräsident (1969-1976) an der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg.



Pfungstadt, Hesttag 1973: Überreichung der Ehrenbriefe des Landes Hessen. V.l.n.r. Albert Osswald (Hessischer Ministerpräsident), Preisträger Josef Wade, Ober-Roden, oder Heinrich Blümmler, Babenhäuser, oder Heinrich Reinhard, Semd, Preisträgerin Ilse Heil, Häuserhof, Radheim, Preisträger Wilhelm Hartmann II. (Altbürgermeister Harreshausen), Heinrich Klein, (Landrat Kreis Dieburg). (StAD R 4, Nr. 807/1)

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg entsteht

Das Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Darmstadt und Dieburg und der Stadt Darmstadt trat zum 26. Juni 1974 in Kraft und es entstand in Folge aus den Landkreisen Darmstadt und Dieburg der neue Landkreis Darmstadt-Dieburg. Damit verbunden war auch ein erneutes Ausräumen der Gebietsgrenzen. Wixhausen kam der Stadt Darmstadt zu, Nieder-Roden, Ober-Roden und Urberach gingen zum Landkreis Offenbach, der Darmstädter Stadtteil St. Stephan gehörte dann zu Griesheim. **Durch die Neuordnung des Kreises erfolgten auch zahlreiche Ortszusammenlegungen, sodass im Jahr 1977 aus den ehemals 86 Orten im Landkreis nun 23 Städte und Gemeinden entstanden.**

Treffen aus Anlass des Jubiläums 30 Jahre Darmstadt-Dieburg.



V.l.n.r. Heinrich Baumann (Landrat a.D., Altkreis Darmstadt, 1973 bis 1976 und Staatsbeauftragter Landrat, 1977), Manfred Bäurle (Erster Kreisbeigeordneter a.D., 1985 bis 1991), Dr. Fritz Roth (Erster Kreisbeigeordneter a.D., 1977 bis 1985), Dr. Hans-Jürgen Braun (Erster Kreisbeigeordneter a.D., 1989 bis 1991 ehrenamtlich, 1991 bis 1997 hauptamtlich), Dr. Hans-Joachim Klein (Landrat a.D., 1985 bis 1997), Dietmar Schöbel (Kreisbeigeordneter, 1985 bis 1997 hauptamtlich, seit 1997 ehrenamtlich), Christel Fleischmann (Kreisbeigeordneter, seit 2006), Alfred Jakoubek (Landrat, seit 1997).



DER HESSISCHE MINISTER DES INNERN

- IV A 11 - 3 k 02 - 78/76 -

(Im Antwortschreiben bitte vorstehendes Geschäftszeichen angeben)

6200 Wiesbaden, den 7. Dez. 1976

Friedrich-Ebert-Allee 12

Seamtelruf: 5352 (Vermittlung)

Durchwahl: 535

Postanschrift:

6200 Wiesbaden 1

Postfach 3267

Herrn
Wolfgang Bluhm

Pfungstadt

Gegen Empfangsbescheinigung

Betr.: Bestellung von Beauftragten für die Wahrnehmung der
Aufgaben des Kreis Ausschusses des Landkreises
Darmstadt-Dieburg

Sehr geehrter Herr Bluhm!

Auf Vorschlag der beteiligten Landkreise bestelle ich Sie gemäß § 54 der Hessischen Landkreisordnung in Verbindung mit § 141 der Hessischen Gemeindeordnung - unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs - zusammen mit den nachstehend aufgeführten Personen mit Wirkung vom 1. Januar 1977 an bis zur Einführung der durch den Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg zu wählenden Beigeordneten zum Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreis Ausschusses des neuen Landkreises.

Beauftragte für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreis Ausschusses des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

Fritz Schmidt, Gräfenhausen
Heinrich Kloß, Roßdorf
Adam Danz, Weiterstadt
Wilhelm Crößmann, Pfungstadt
Karl-Heinz Wolff, Ober-Ramstadt
Hubertus Schroeter, Jugenheim a.d. Bergstraße
Wolfgang Bluhm, Pfungstadt
Heinrich Beckmann, Dieburg
Karl Grimm, Münster
Eduard Koch, Groß-Umstadt
Reinhard Müller, Eppertshausen
Stephan Schmitt, Dieburg
Georg Willand, Babenhausen

Bei der Ausübung Ihrer Tätigkeit unterliegen Sie meinen Weisungen.

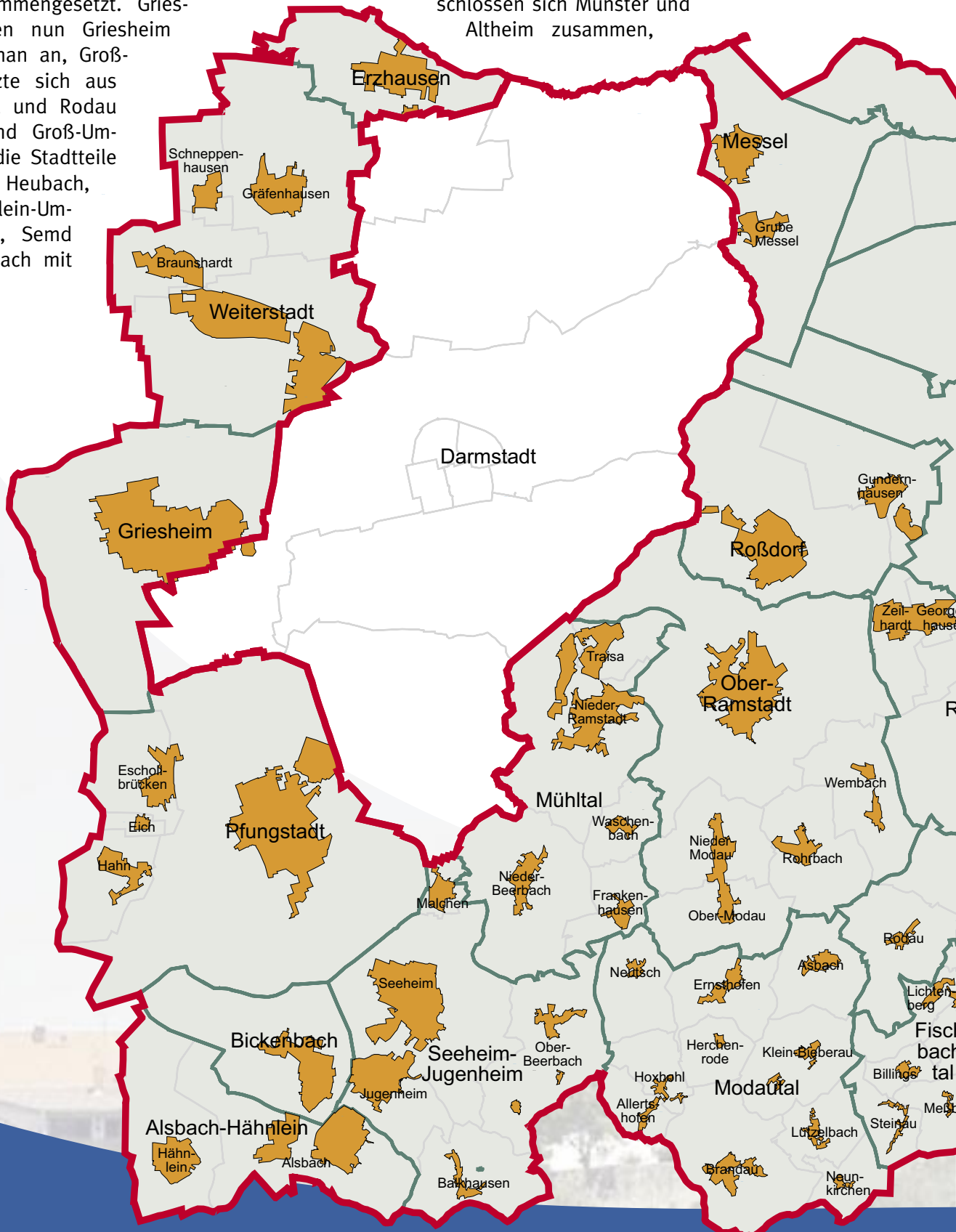
... Die Kosten der Beauftragung hat der LK DA-DI zu tragen.

M v H G r i e s

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg entsteht

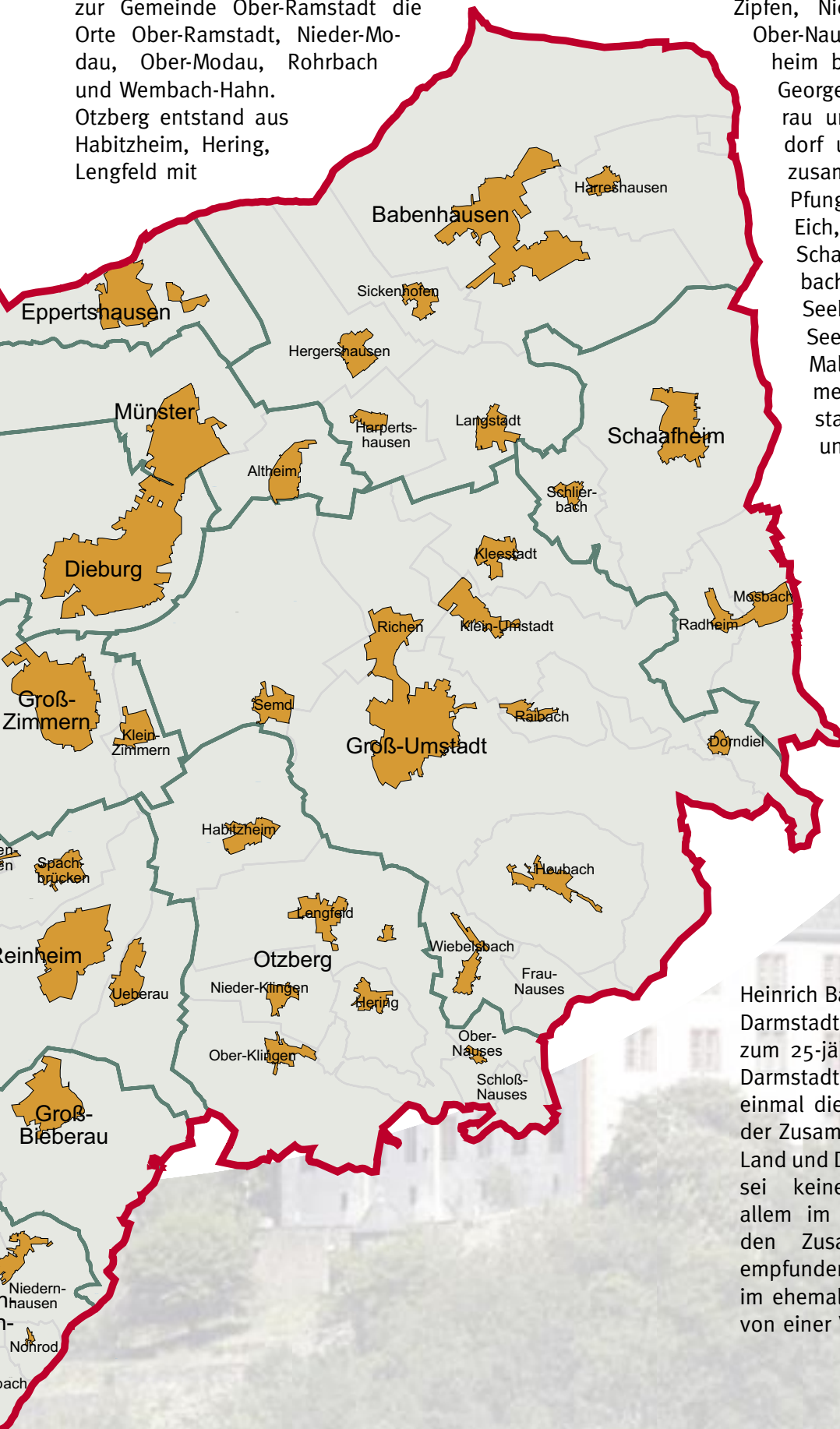
Aus Alsbach und Hähnlein wurde Alsbach-Hähnlein, Babenhausen umfasste fortan Babenhausen, Harperts-
hausen, Harreshausen, Hergershausen, Langstadt und Sickenhofen. Bickenbach, Dieburg, Eppertshausen und Erzhausen blieben jeweils in bisherigem Status erhalten. Die Gemeinde Fischbachtal wurde aus Billings, Lichtenberg, Messbach, Niedernhausen, Nonrod und Steinau zusammengesetzt. Griesheim gehörten nun Griesheim und St. Stephan an, Groß-Bieberau setzte sich aus Groß-Bieberau und Rodau zusammen und Groß-Umstadt erhielt die Stadtteile Dorndiel und Heubach, Klestadt, Klein-Umstadt, Richen, Semd und Wiebelsbach mit Frau Nauses.

Groß-Zimmern entstand aus Groß-Zimmern und Klein-Zimmern, Messel aus Messel und Grube Messel. Modautal schloss sich aus Allertshofen, Asbach, Brandau, Ernsthofen, Hoxhohl, Klein-Bieberau, Neutsch, Lützelbach, Neunkirchen zusammen. Mühlthal bestand aus Frankenhausen, Nieder-Beerbach, Nieder-Ramstadt, Traisa und Waschenbach. Zur Gemeinde Münster schlossen sich Münster und Altheim zusammen,



Der Landkreis Darmstadt-Dieburg entsteht

zur Gemeinde Ober-Ramstadt die Orte Ober-Ramstadt, Nieder-Modau, Ober-Modau, Rohrbach und Wembach-Hahn. Otzberg entstand aus Habitzheim, Hering, Lengfeld mit



Zipfen, Nieder-Klingen, Ober-Klingen und Ober-Näuses mit Schloß-Näuses. Reinheim bestand nunmehr aus Reinheim, Georgenhausen, Spachbrücken, Ueberau und Zeilhard, während sich Roßdorf und Gundernhausen zu Roßdorf zusammenschlossen.

Pfungstadt entstand aus Pfungstadt, Eich, Eschollbrücken und Hahn und Schaaflheim aus Schaaflheim, Mosbach, Radheim und Schlierbach. Seeheim-Jugenheim setzte sich aus Seeheim, Jugenheim, Balkhausen, Malchen und Ober-Beerbach zusammen und Weiterstadt aus Weiterstadt, Braunshardt, Gräfenhausen und Schnepfenhausen.

Heinrich Baumann, Landrat des Landkreises Darmstadt von 1973 bis 1976 zeichnete zum 25-jährigen Jubiläum des Landkreises Darmstadt-Dieburg im Jahr 2002 noch einmal die Stimmung nach, die im Vorfeld der Zusammenlegung der Kreise Darmstadt Land und Dieburg herrschte. Die Vereinigung sei keine Liebesheirat gewesen. Vor allem im östlichen Kreisteil hätten viele den Zusammenschluss als Zwangsehe empfunden. Im Westen jedoch, vor allem im ehemaligen Kreis Darmstadt, habe man von einer Vernunftheirat gesprochen.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg

Der Zusammenschluss der Kreise Darmstadt und Dieburg vor dreißig Jahren erwies sich bald als die richtige Entscheidung und das Ringen dafür zahlt sich heute in vielfältiger Weise aus. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg verbindet Lebensqualität, Wirtschaftskraft und Entwicklungsdynamik in unvergleichlicher Weise. Wohnten noch im Jahr 1977 rund 240000 Menschen hier, sind heute rund 290 000 Bewohner im Landkreis gemeldet. Sie leben gern in den 23 Städten und Gemeinden und tragen dazu bei, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg auch über seine Grenzen hinaus als Wachstumsregion verstanden wird. Ein beschauliches Idyll liegt nur wenige Kilometer von einer aufstrebenden Wirtschaftsregion entfernt, die weiten Ebenen des hessischen Rieds, des Dieburger Lands und romantische Täler werden durch die Hänge der Bergstraße und die Erhebungen des Odenwalds getrennt. Eine Bildungs- und Qualifizierungslandschaft liegt neben auf überliefertem Wissen entwickelter Landwirtschaft. Gleichzeitig prägen moderne Unternehmen mit Weltruf, ein solider Mittelstand, sowie ein lebendiges Handwerk und Handel mit guter Tradition die Wirtschaftsstruktur im Landkreis.



ein starker Standort mit vielen Facetten

Der niedrigste Punkt des Landkreises liegt in der Nähe von Griesheim auf 88 Metern Höhe, der höchste Punkt ist Neunkirchen mit 592 Metern. Von Nord nach Süd erstreckt sich der Landkreis über 31,08 Kilometer, von West nach Ost misst er 38,15 Kilometer. Dieses Gebiet gehört zu den reichsten Regionen Europas. 300 Quadratkilometer werden landwirtschaftlich genutzt, mehr als 230 Quadratkilometer sind Wald und die Gewässer machen knapp sieben Quadratkilometer aus. Zahlreiche Burgen und Schlösser schmücken die Landschaft ebenso wie Sehenswürdigkeiten, an deren Spitze das Weltnaturerbe Grube Messel steht. Facettenreiche Museen stellen nicht nur Heimatgeschichte aus und sind oftmals von dem Engagement ehrenamtlicher Kenner getragen.



Viele der Bewohner und Geschäftsleute schätzen die hervorragende Verkehrsanbindung, über die man mit Flugzeug, Auto, Bus oder Bahn sehr zügig – auch international - von einem Ort zum anderen kommt. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg gehört gemeinsam mit der Stadt Darmstadt bundesweit zu den Standorten mit der besten Infrastruktur. Der Frankfurter Flughafen ist rasch erreichbar und auch die ICE-Fernbahnhöfe Darmstadt, Frankfurt-Flughafen, Frankfurt, Hanau und Aschaffenburg liegen nur wenige Fahrminuten entfernt. Die Autobahnen A3, A5 und A67 sowie ein gut ausgebautes regionales Straßennetz stellen das Mobilitätsbedürfnis einer modernen Gesellschaft zufrieden. Das gut durchdachte System für den öffentlichen Personennahverkehr und die Odenwaldbahn werden sowohl von Berufspendlern als auch für Ausflüge zur Naherholung gern genutzt.



Bürgernähe und Bürgerservice

Bürgernähe wird im Landkreis Darmstadt-Dieburg groß geschrieben und mit Leben gefüllt. Zahlreiche Angebote erleichtern Bürgerinnen und Bürgern das Erledigen notwendiger Formalitäten. Mit der dezentralisierten KFZ-Zulassung können Autofahrer ihr Fahrzeug an fünf Orten in den lokalen Rathäusern anmelden. In den Landratsämtern in Darmstadt und Dieburg nehmen sich Mitarbeiter der Servicestellen den Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern an. Die Bearbeitung von Bauanträgen wurde beschleunigt, Genehmigungen werden schneller erteilt. Mit einem modernen Kommunikationsnetz sind zuständige Ansprechpartner in den Fachabteilungen per Telefon, Internet und E-Mail für die Bürgerinnen und Bürger direkt erreichbar. Dank der Internetpräsenz, sei es bei der Vergabe von Autokennzeichen, oder bei der Buchung von Volkshochschulkursen, steht die Kreisverwaltung rund um die Uhr per Mouseclick bereit.



Bürgernähe und Bürgerservice

Eine optimierte Abfalltrennung und -entsorgung mit einem flächendeckenden Codiersystem sorgt dafür, dass auf individuelle Gepflogenheiten der Bürger eingegangen werden kann. Auch die Sammlung von Sperrmüll erfährt eine Modernisierung, sodass weniger Verwaltung und Kosten entstehen und zusätzlicher Service angeboten wird. Mit dem Verkauf von Wertstoffen werden die Gebühren niedrig gehalten, durch die Verbrennung des Restmülls wird Wärmeenergie und Strom gewonnen. Damit können rund 3 600 Wohnungen mit Heizung und Warmwasser versorgt werden. Die AZUR GmbH sammelt Elektroschrott ein, führt ihn in den Wertstoffkreislauf zurück oder repariert und verkauft gut erhaltene Stücke mit zwei Jahren Garantie. Ein Schadstoffmobil ist zu festgelegten Terminen im Landkreis unterwegs und sammelt alte Batterien, Farben, Lacke, Öl und Lösemittel ein.





Bei fünf dezentralen Kompostierungsanlagen können Hobbygärtner nicht nur Grünschnitt und Gartenabfälle abgeben, sondern auch hochwertige Pflanzenerde erwerben. Kommunale Sammelstellen nehmen Bau-schrott entgegen.

Ein Beispiel, dass die Verwaltung zum Bürger kommt, ist der Landrat höchstpersönlich. Regelmäßig in der parlamentarischen Sommerpause macht er seine Tour durch den Kreis und hört sich die kleinen und großen Sorgen, aber auch Lob und Anregungen gerne an und schreitet zur Tat, wo immer es möglich ist. Kreiswandertag, Schlemmertour oder BioTopTour animieren, den Kreis und seine schönen Ecken kennen zu lernen.



Die Bürgerinnen und Bürger tragen in vielen Orten ehrenamtlich dazu bei, dass das Gemeinwesen lebendig ist und Sport, Kunst, Kultur und anderes Vereinsleben attraktiv bleiben. Verdiente Ehrenamtliche werden mit Ehrenbriefen ausgezeichnet und ihr Engagement wird hervorgehoben. Mit der Aktion Guter Geist werden diejenigen gewürdigt, die eher im Stillen Gutes tun und Hilfe geben.

Eine Bereicherung in menschlicher und kultureller Hinsicht sind auch die rund 31 000 Mitbürger aus 141 Nationen. Der Kreisausländerbeirat koordiniert und vertritt ihre Interessen innerhalb des Landkreises. Begegnungen zwischen Zugewanderten und Einheimischen tragen zum gegenseitigen Verständnis bei. Das Integrationsbüro unterstützt Zuwanderer und Menschen mit

Zuwanderungsgeschichte und deutschem Pass in allen Fragen der Integration. Zahlreiche Kurse der Kreisvolkshochschule unterstützen diese Prozesse.

Globalität zeigt der Landkreis auch im Rahmen seiner Partnerschaften mit Regionen in vier europäischen Ländern. Er pflegt freundschaftliche Beziehungen mit den Partnerkreisen Zwickauer Land (Sachsen), North East Derbyshire (Großbritannien), Mlada Boleslav (Tschechien) und der Provinz Florenz (Italien).



Moderne Finanzwirtschaft

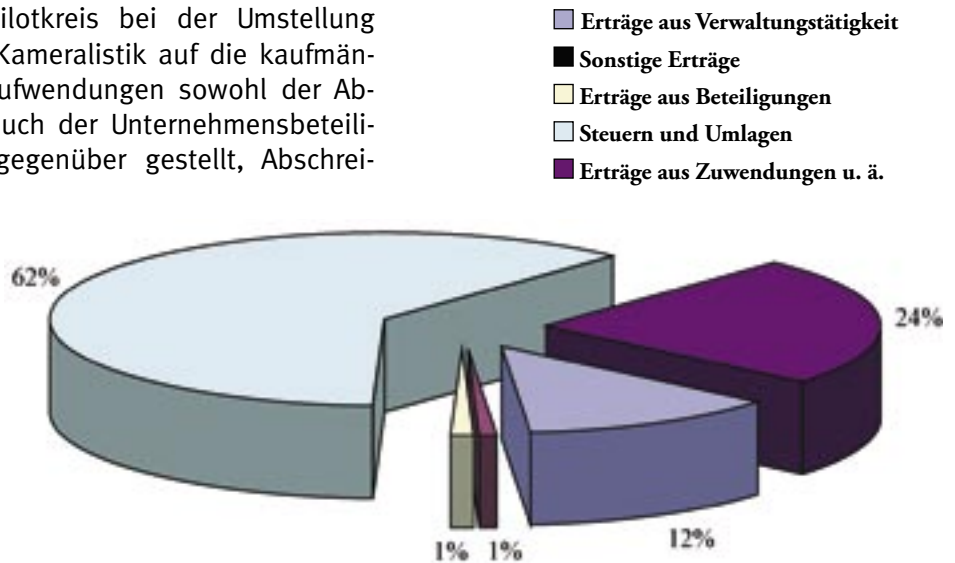
Das neue Rechnungs- und Steuerungssystem Doppik ist im Landkreis Darmstadt-Dieburg inzwischen ein gutes Stück Routine geworden. Darmstadt-Dieburg war Pilotkreis bei der Umstellung von der in die Jahre gekommenen Kameralistik auf die kaufmännische Buchführung. Erträge und Aufwendungen sowohl der Abteilungen der Kreisverwaltung als auch der Unternehmensbeteiligungen des Landkreises werden gegenüber gestellt, Abschreibungen sind zwingend, Budgets möglichst, Berichtswesen und Controlling haben Einzug gehalten. Die Gewinn- und Verlustrechnung bringt schlüssigere Vergleichs- und Steuerungsmöglichkeiten und vor allem mehr Transparenz.

Der Kreis finanziert sich hauptsächlich aus der Kreisumlage, aus der Schulumlage, aus Schlüsselzuweisungen des Landes, aus Verwaltungsgebühren und aus Steuern. Die Kreisumlage wird von den 23 Kommunen des Landkreises erbracht, berechnet nach einem bestimmten Schlüssel aus dem Steueraufkommen und Mittelbedarf der jeweiligen Stadt oder Gemeinde des Kreises. Kommunen mit höherem Steueraufkommen zahlen mehr als solche mit einem niedrigeren Steueraufkommen, wobei die vom Landkreis erhobene Kreisumlage eine der niedrigsten in Hessen ist. Die Schulumlage hat die gleiche Berechnungsgrundlage wie die Kreisumlage, ist aber zweckgebunden für Schulen.

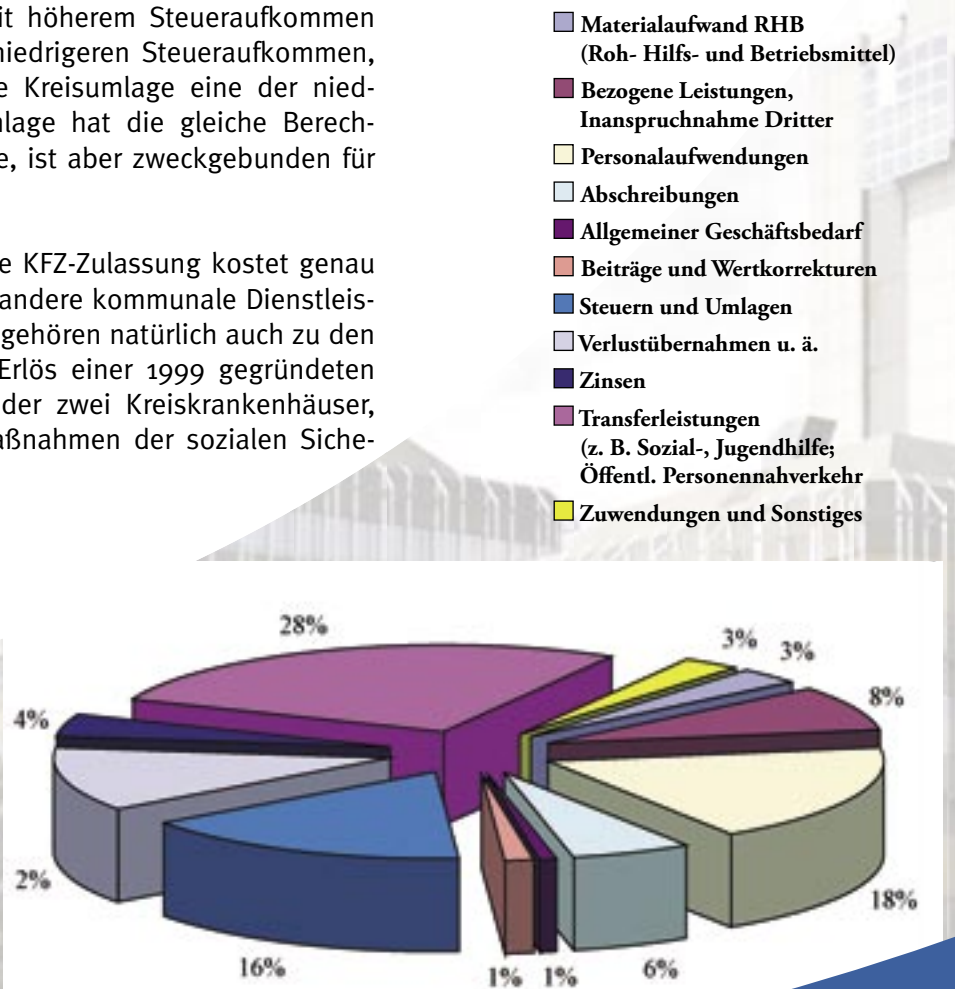
Jeder Bürger hat es selbst erlebt, die KFZ-Zulassung kostet genau so Geld wie ein Bauantrag oder wie andere kommunale Dienstleistungen. Diese Verwaltungsgebühren gehören natürlich auch zu den Einnahmequellen des Kreises. Der Erlös einer 1999 gegründeten Sozialstiftung dient zur Förderung der zwei Kreiskrankenhäuser, des Gesundheitsamtes sowie zu Maßnahmen der sozialen Sicherung und vor allem der Jugendhilfe.

Eigene Wirtschaftspläne erstellen die Eigenbetriebe Krankenhäuser, Energie und Abfallwirtschaft, Kreisagentur für Beschäftigung sowie Kinder-/Jugendbetreuung und Bildungsstätten. Getrennt abgerechnet wird außerdem bei den Zweckverbänden Abfallverwertung Südhessen, Gesundheitsamt, Abfall- und Wertstoffeinsammlung sowie bei der Azur GmbH. Das Jahresergebnis fließt über die Einzelabschlüsse in den Konzernabschluss ein.

Erträge Haushaltsjahr 2007



Aufwendungen Haushaltsjahr 2007



Der Landkreis als Wirtschaftsstandort

Hervorragende Standortfaktoren, zu denen auch die enge Verflechtung mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt zählt, machen den Landkreis Darmstadt-Dieburg zu einem bedeutenden Wirtschaftsstandort. In keiner anderen Gebietskörperschaft Südhessens sind die Arbeitslosenzahlen so niedrig und die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik so stark wie hier – und das bereits seit vielen Jahren.



Moderne Unternehmen mit weltweitem Renommee, ein solider Mittelstand sowie ein lebendiges Handwerk und traditionsreicher Handel prägen die Wirtschaftsstruktur im Landkreis. Vielfalt ist die besondere Stärke, mit der die Wirtschaft hier krisensicherer steht als an manch anderem Standort. Engagierte Gewerbevereine in den Kommunen und eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen, Politik und Verwaltung festigen die Attraktivität des Standortes. Weitere große Gewerbeflächenpotenziale gewährleisten Zukunftschancen.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg und die der 23 Kreiskommunen haben sich zu einem „Netzwerk Wirtschaftsförderung im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ zusammengeschlossen. Unternehmer, Investoren oder Existenzgründer sind hier genau richtig, wenn es um Daten und Fakten, Fragen zur Standortsicherung und Neuansiedlung, Genehmigungsverfahren oder um die Herstellung von Querkontakten zu Politik, Verwaltung oder Bürgern geht. Gute Kontakte bestehen ebenso zur Kreisagentur für Beschäftigung, die zielgerichtete Personalvermittlung übernimmt und auch projektorientierte Leistungen anbietet. Die Abteilung Wirtschaft, Standortentwicklung, Bürgerservice sieht sich als Mittler zwischen den Akteuren.

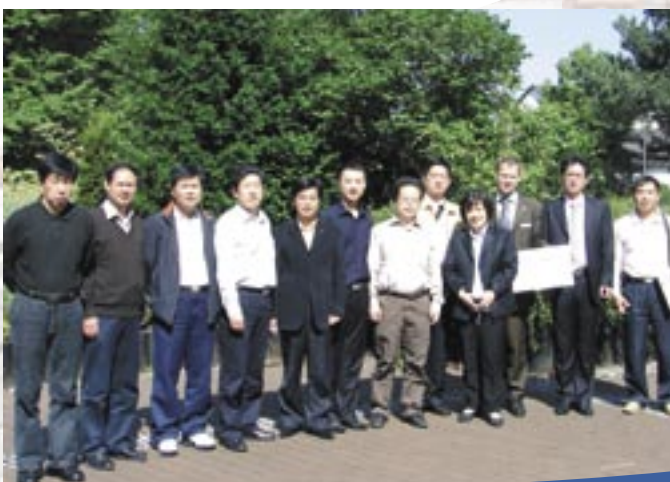
Existenzgründer erfahren im Landkreis Darmstadt-Dieburg umfassende Unterstützung. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat gemeinsam mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt, der Technischen Universität Darmstadt, der Hochschule Darmstadt, der IHK Darmstadt, der Handwerkskammer Rhein-Main, den Sparkassen Darmstadt und Dieburg sowie dem Fraunhofer-Institut die Innovationsgesellschaft Darmstadt mbH gegründet.

Der Landkreis als Wirtschaftsstandort

Im Jahr 2005 wurde das Technologie- und Innovationszentrum Dieburg eröffnet, das für Existenzgründer im Landkreis die erste Adresse ist. Neben umfassender individueller Betreuung von Existenzgründern werden hier Coaching-Partnerschaften vermittelt, Austauschforen angeboten, themenorientierte Veranstaltungen durchgeführt und Kontakt zu relevanten Einrichtungen im Landkreis und der Region hergestellt. Darüber hinaus werden mit dem Gründerpreis, der mit 5 000 Euro dotiert ist, regelmäßig herausragende Geschäftsideen prämiert. Der Preis ist eine regionale Initiative des Landkreises Darmstadt-Dieburg, der Hochschule Darmstadt und der Sparkasse Dieburg zur Auszeichnung von Ausgründungen aus dem Campus Dieburg der Hochschule Darmstadt.

Wer größere oder kleinere Gewerbeflächen sucht, wird in den 23 Städten und Gemeinden des Landkreises fündig werden. Eine Datenbank unter www.darmstadt-dieburg.de hält eine Übersicht der Flächenpotenziale und alle dazu gehörenden Daten und Fakten bereit.

Mit dem Verein Standortmarketing Darmstadt-Dieburg e.V. – gegründet vom Landkreis Darmstadt-Dieburg, den 23 kreisangehörigen Kommunen und den Sparkassen Darmstadt und Dieburg – verfügt der Landkreis über einen Verein, der die Stärken des Wirtschaftsraumes weiter ausbauen möchte. Mitglied werden kann jeder, der sich aktiv für das Standortmarketing engagieren möchte.



Ein Blick in den Wirtschaftsplan des Landkreises offenbart, dass der Kreis auch auf dem Schulsektor ein aufstrebendes Unternehmen ist. Rund 108 Millionen Euro hat der Landkreis in den letzten zehn Jahren in seine Schulen investiert. 43 Millionen Euro davon wurden für die Instandhaltung von Innen- und Außenbereichen der 375 Schulgebäude ausgegeben, die zusammen eine Gesamtfläche von etwa 52 Fußballfeldern einnehmen. 65 Millionen Euro flossen in Neuinvestitionen für Gebäude und Ausstattungen.

Seit 1997 wurden mehr als 200 neue Klassenräume und 54 Schulgebäude geschaffen, 47 Sporthallen wurden auf Vordermann gebracht, eine neue Turnhalle eingeweiht. Bei diesen Sanierungen wird besonderer Wert auf energetische Verbesserungen gelegt.

Ideenreichtum bringt die Kreisregierung auf, indem neue Projekte die Schullandschaft bereichern. Der Schulentwicklungsplan, basierend auf einem Gesamtschulkonzept mit Förderschwerpunkten im musischen, sprachlichen und naturwissenschaftlichen Unterricht, aber auch familienfreundliche Schulen, die Ganztagsbetreuung ermöglichen, sind Neuerungen, die die Schullandschaft in den letzten Jahren noch attraktiver gemacht haben. Mit dem Schuljahr 2005/2006 startete zum ersten Mal in



Schulen haben Priorität

Deutschland an einer staatlichen Gesamtschule ein Internationaler Zweig. Am Schuldorf Bergstraße werden Kinder, deren Eltern international tätig sind, deren Muttersprache Englisch ist oder die bilingual mit Englisch als einer der beiden Sprachen aufwachsen, zweisprachig unterrichtet. Der Internationale Kindergarten am Schuldorf Bergstraße ergänzt das Gesamtkonzept dieses Angebots.

Auch der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen Energie und Wasser stellt einen wichtigen pädagogischen und kostensparenden Schwerpunkt an den Landkreisschulen dar. Mit dem Öko-Check, an dem sich Schüler, Lehrer, Eltern, Hausmeister, Techniker und Baufachleute des Kreises beteiligten, konnten allein in den Jahren 1999 bis 2003 die Kosten für Strom, Heizung und Wasser um rund 1,9 Millionen Euro gesenkt werden.

Die sukzessive Umstellung der Heizsysteme an Schulen auf Holzbrennstoffe, vorrangig aus der Region, ist ein weiterer Meilenstein, da diese Brennstoffe eine hohe energetische Ausnutzung haben. Die Transportwege sind kurz und die Verbrennung erfolgt CO₂-neutral.

Der Beitritt des Landkreises zum Landesprojekt „Bio Regio Holz Odenwald“ ist dazu ein wichtiger Schritt.



Das Wohl von Kindern und Jugendlichen steht im Zentrum der Arbeit des Jugendamtes. Es ist Ansprechpartner für alle Themen, die Familien berühren. Die Fachkräfte des Jugendamtes betreuen und beraten Familien in Krisensituationen und sind ansprechbar bei Fragen zum Unterhalt. Wollen Paare ein Kind adoptieren oder ein Pflegekind aufnehmen, wenden sie sich ebenfalls an das Jugendamt. Das Jugendamt berät Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kindertagesstätten und bietet Qualifikationsmaßnahmen für sie an. Die Tageseltern-Tageskinder-Vermittlung in Darmstadt ist als Partner des Jugendamtes zuständig für die Werbung, Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen. Darüber hinaus kümmern sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe beim Jugendamt um straffällig gewordene Jugendliche. Auftrag der Jugendhilfeplanung ist es, dem Jugendamt bei der Entwicklung von Strategien zur Lösung der komplexen Aufgaben des Jugendamtes zur Seite zu stehen.



Die Erziehungsberatungsstellen in Pfungstadt und Groß-Umstadt sind Gesprächspartner für Eltern, die sich über Erziehungsthemen informieren wollen und Beratung suchen. Kinder und Jugendliche können sich an die Stellen wenden, wenn sie Probleme mit ihren Eltern, mit Gleichaltrigen und Lehrern und mit sich selbst haben.

Seit einiger Zeit kann man sich auch per Internet Rat holen. Das ist anonym und dieses Angebot ist zu jeder Tages- und Nachtzeit unter www.bke-jugendberatung.de oder www.bke-elternberatung.de erreichbar.



Die Kinder- und Jugendförderung im Kreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kinder und Jugendliche zu stärken und ihnen Lebens- und Alltagskompetenzen zu vermitteln. Zur Kinder- und Jugendförderung im Landkreis gehören die Arbeitsfelder Jugendarbeit, das Kommunale Jugendbildungswerk, die Fachstelle für Jugendberufshilfe, die Fachstelle Suchtprävention und die Projektorientierte Schulsozialarbeit. Darüber hinaus können Kinder- und Jugendgruppen im Eigenbetrieb Ki-BiS - Kinder-/Jugendbetreuung und Bildungsstätten - an Freizeiten und Bildungsveranstaltungen teilnehmen.



Ob man Beratung braucht, eine Senioren- oder Ehrenamtskarte möchte, nach Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten sucht oder etwas über Frauen im Beruf wissen möchte, der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat für fast alle Lebenslagen eine Antwort parat. Damit die Unterstützung reibungslos gegeben wird, wurde der soziale Außendienst personell verdoppelt, es wurden ein Büro für Senioren und Sozialplanung geschaffen und ein Pflgelefon eingerichtet. Langzeitarbeitslose werden in der Kreisagentur für Beschäftigung betreut.



Menschen mit Behinderung oder sozial Benachteiligte finden im Landratsamt genauso einen Ansprechpartner wie Senioren, Frauen oder Zuwanderer. Das Seniorenbüro, das Büro für Chancengleichheit, der Ausländerbeirat, das Integrationsbüro und die Informationsstelle für Behinderte stehen mit Rat und Antworten zur Verfügung.

Kreisbündnis für Familie



**HESSEN
METALL**



Unternehmerverband
Südhessen e.V.

Unternehmerverbände Südhessen



- Einladung -

Standortfaktor Familie

" – Fachkräfte werden Eltern "

Familienfreundliche Unternehmenspolitik lohnt sich

Wer medizinische Hilfe braucht, findet in einem der zwei Krankenhäuser mit Sitz in Groß-Umstadt und Jugenheim ärztliche Kompetenz, eine moderne Verwaltung und medizinische Ausstattung sowie - wenn nötig - ein freies Bett. Die Klinik in Groß-Umstadt hat 298 Betten, das Angebot besteht aus Chirurgie, Innerer Medizin, HNO, Gynäkologie, Geburtshilfe, Intensivmedizin, Venenheilkunde und Geriatrie. Die 128 Betten in Jugenheim stehen für Patienten bereit, bei denen chirurgische Eingriffe, vor allem im Bereich Hüft- und Knieprothesen, nötig sind oder die eine neurologische Rehabilitation zur optimalen Nachsorge nach Schlaganfällen benötigen. Gesundheitlichen Rat und Unterstützung erhalten die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auch beim Gesundheitsamt in Darmstadt, das in Kooperation mit der Stadt Darmstadt arbeitet.

Rund um den Verbraucherschutz geht es beim Veterinäramt des Landkreises. Wer beispielsweise auf Märkten, der Kirchweih, Volksfesten oder Messen Leckereien zum Verkauf anbieten möchte, kann sich beim Veterinäramt über Regularien und Bestimmungen informieren. Für sämtliche Fragen der Lebensmittel- und Fleischhygiene, des Tierschutzes aber auch der Seuchenbekämpfung sind die Mitarbeiter dieses Amtes ansprechbar.



Viele Besucher können beim KUSS erleben, was dabei heraus kommt, wenn jemanden die Muse küsst. Der Kultursommer Süd-



hessen, der alljährlich von Juni bis September stattfindet, ist ein Festival der Sinne. In den Kommunen der Landkreise Darmstadt-Dieburg, Bergstraße, Groß-Gerau, Odenwald und Offenbach und der Wissenschaftsstadt Darmstadt werden außergewöhnliche kulturelle Ereignisse präsentiert: Konzerte lösen Lesungen ab, Kabarett steht Ausstellungen gegenüber. Internationale Künstler sind ebenso vertreten wie einheimische Stars, Sternchen und Nachwuchskünstler. Akzente setzt der KUSS durch besondere Reihen, wie die „Tage des offenen Ateliers“, das „Südhessische Straßentheater-Spektakel“ und „Kathedralorganisten an Süd Hessens Orgeln“.

Darüber hinaus haben sich kulturinteressierte auf kommunaler Ebene zusammen getan und organisieren auf lokaler Ebene Veranstaltungen oder loben Preise aus. Heiteres und Ernstes, Klassisches und Modernes, Musik, Tanz, Literatur, Film, Theater und Bildende Kunst stehen das ganze Jahr auf den Programmen lokaler Kulturmanager. Einen wesentlichen Beitrag zum kulturellen Erscheinungsbild des Landkreises leisten die vielen Gesangsvereine mit mehr als 5 500 Sängerinnen und Sängern, die Theatervereine, die Museumsvereine, die Brauchtumsvereine, die Musikvereine und



KULTUR SOMMER SÜDHESSEN



■ 9. Juni –
23. September



Kunst und Kultur

Bands oder die örtlichen Künstlervereinigungen, die auf ehrenamtlicher Basis oft professionell anmutende Darbietungen ermöglichen. Alljährlich werden verdiente Sängerinnen und Sänger eingeladen und vom Landrat bei der Kreissängerehrung geehrt. Kulturschaffende Vereine erhalten außerdem Zuschüsse für ihre Aktivitäten.



Von großer Bedeutung ist der alle zwei Jahre vom Landkreis verliehene Georg-Christoph-Lichtenberg-Preis für Bildende Kunst und Literatur. Die überregional anerkannte Auszeichnung ist eine Hommage an den in Ober-Ramstadt geborenen Philosophen, Naturwissenschaftler und Schriftsteller, der unter anderem mit seinen Spottversen und Sudelbüchern berühmt wurde.



Bei Groß-Umstadt meldete sich die Bocks-Riemenzunge, eine Orchideenart, wieder zurück, die Bickenbacher Düne hat sich zu einem pflanzlichen Raritäten-Treffpunkt gemauert und bei Zeilhard wachsen wieder Windröschen. Das Kreis-Engagement für Pflanzen, aber auch für Tiere zeigt seine Wirkung. Die Lebensräume von Amphibien, Libellen oder Fledermäusen werden geschützt und gepflegt, Artenschützer haben ein waches Auge und die Biotopvernetzungen gewährleisten den Erhalt von schützenswerten Gebieten. Zu den Naturschutzmaßnahmen gehören auch die rund hundert Naturdenkmäler des Landkreises, die Naturschutzgebiete und die Natura-2000-Gebiete, denen nach europäischem Recht besonderer Schutz zukommt.

Einzigartig ist das Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben „Ried und Sand“, das der Kreis mit Unterstützung des Bundesamtes für Naturschutz und mit wissenschaftlicher Begleitung der Technischen Universität Darmstadt seit 2004 durchführt. Ziel ist die nachhaltige Sicherung wertvoller Ried- und Sandrasenlebensräume im Westteil des Landkreises durch die Entwicklung neuartiger Beweidungskonzepte.



Mit der BioTopTour, dem Kreiswandertag, Fahrradexkursionen und Projekten an Schulen lernen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur den Kreis mit seinen schönen Ecken besser kennen, sie erfahren auch, welche Flora und Fauna wo wächst und was ihre Besonderheiten sind. Wer lieber individuell unterwegs ist, hat anhand von Freizeitkarte, Wanderbroschüre oder Informationsblättern die Möglichkeit, bewährte Strecken auf eigene Faust nachzuvollziehen.

Eine Vorreiterrolle nahm der Landkreis mit seinem DA-DI-Management ein. Bei der in Hessen einmaligen Form von kommunalem Klimaschutz und Ressourcennutzung betätigen sich Schüler als Umweltdetektive, spüren Energieverschwendung an Schulen auf und sparen große Summen. Ein Teil des eingesparten Geldes dürfen die Schulen behalten.

Einen besonderen Anreiz schafft der Landkreis durch den Umweltpreis, der alle zwei Jahre ausgelobt wird. Honoriert werden damit Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit guten Ideen und herausragendem Einsatz für den Schutz von Natur und Umwelt engagieren. Sie können sich über 3 000 Euro freuen, mit denen dieser Preis dotiert ist.



Wer seine Freizeit genießen und sich erholen möchte, ist im Landkreis Darmstadt-Dieburg genau richtig. Historisch Interessierte werden nicht nur in der Grube Messel als UNESCO-Weltnaturerbe, sondern auch auf bauhistorischen Streifzügen durch Babenhausen, Dieburg und Groß-Umstadt oder in den Schlössern, Burgen und den zahlreichen Heimatmuseen fündig. Leute, die sich gern in der Natur bewegen, werden die zahlreichen Wandermöglichkeiten lieben, die nicht nur in Fischbachtal, Modautal, Mühlthal und rund um Otzberg auf Wanderfreunde warten. Darüber hinaus gilt der südhessische Naturpark Bergstraße-Odenwald als einzigartiges Wandergebiet. Das rund 3 000 Quadratkilometer große Wandergebiet ist mit markierten Wanderrouten, Naturparkplätzen, Spielplätzen, Schutzhütten, Orientierungshilfen und Hinweisschildern bestens auf seine Besucher eingestellt.

Auch Radler kommen nicht zu kurz. Die gute Beschilderung der Radwege im Landkreis ist

weit über seine Grenzen hinaus bekannt und geschätzt. Neben der Freizeitkarte Landkreis Darmstadt-Dieburg hilft neuerdings auch ein Routenplaner unter www.radroutenplaner.hessen.de im Internet, die richtige Strecke zu finden.

Schwimmer kommen in 16 Frei- und Hallenbädern ebenso auf ihre Kosten wie in den Badeseen in Bickenbach, Fischbachtal und Babenhausen.

Für Familien gibt es ein breites Spektrum an Freizeitvergnügen. Die Minigolfanlagen in Babenhausen, Münster, Pfungstadt, Seeheim-Jugenheim und Weiterstadt, die Kartbahnen in Groß-Zimmern und Schaaheim, eine Kletterhalle in Groß-Zimmern, die Rollschuhbahn im Weiterstädter Stadtteil Gräfenhausen und der Indoorspielplatz in Groß-Bieberau machen nicht nur Kinderherzen glücklich.



Freizeit und Urlaubsgestaltung

Die Direktvermarktung der einheimischen Köstlichkeiten hat im Landkreis Darmstadt-Dieburg großes Gewicht. Günstiges Klima, fruchtbares Land und Fachkenntnisse der Erzeuger lassen Tiere, Obst und Gemüse prächtig gedeihen. Direktvermarkter im Landkreis bieten eine Fülle von ortstypischen Nahrungsmitteln und Spezialitäten, die nicht nur gesunde Ernährung möglich machen, sondern zum Schlemmen einladen. 50 Betriebe - darunter Erzeuger, Vermarkter und Gastronomen - im „Landkreis der Genießer“ sorgen sich um das leibliche Wohl ihrer Gäste. Viele landwirtschaftliche Unternehmen und Gaststätten arrangieren Schlachtfeste, Hoffeste mit Streichelzoo, Leibgericht-Tage, jahreszeitliche Spezialitätenwochen, Kutschfahrten und Führungen mit Kostproben für Ausflüge und Feiern.

Wer ein paar Tage länger im Landkreis Urlaub machen möchte, findet unter www.darmstadt-dieburg.de ein Unterkunftsverzeichnis.





In den 23 Städten und Gemeinde sind rund 2 000 Vereine aktiv, in denen neue Mitglieder herzlich willkommen sind. Das Angebot reicht von traditionellem Liedgut bis zur modernen Kunst, von Brauchtumpflege bis Golf, von der Kleintierzucht bis zur Lebenshilfe. Allein in den 318 Sportvereinen sind rund 122 000 Fitness-Begeisterte registriert, mehr als 5 000 Menschen sind in der Kleintierzucht aktiv und es gibt 89 Gesangsvereine. Sie alle erbringen einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen im Landkreis.

Unzählige Konzerte, Ausstellungen, Lesungen, sportliche Wettkämpfe, Theaterbühnen, Leinwände, Obstgärten und vieles mehr sind den Vereinsmitgliedern ein Podium. Mehr als 70 Kirchweihen werden in jedem Jahr von Vereinen organisiert, ebenso wie die über 40 Märkte aller Art, vom umtriebigen Flohmarkt bis zum romantischen Weihnachtsmarkt. Der Landkreis tut sein Übriges: der alle zwei Jahre organisierte autofreie Sonntag – bekannt als „Natürlich Bergstraße“ – bringt Radfahrer, Skater und Spaziergänger mit Vereinsvertretern zusammen, die gerne für das leibliche Wohl und für Unterhaltung am Wegesrand sorgen. Auch die Kreiswandertour „Der Kreis zum Wandern und Wundern“ lockt alljährlich zahlreiche Wanderer an, die gerne die Gelegenheit zu einem Plausch mit dem Landrat nutzen. Am Ende der Tour halten Vereine regionale Köstlichkeiten bereit und informieren über ihre Aktivitäten.



Ehrenamt und Vereinsleben

Der Landkreis unterstützt das Engagement der Vereine, wo immer es möglich ist. Mehr als eine Million Euro würde es die Vereine pro Jahr kosten, müssten sie die vom Kreis kostenlos zur Verfügung gestellten Räume anmieten, um Training, Proben oder Wettkämpfe durchführen zu können. Zuschüsse gibt es außer für Neu- und Ausbauten auch für die neue Trompete oder Heckenschere, für Noten oder den Vogelkäfig. Dazu werden jährlich rund 110 Pokale gestiftet – für den erfolgreichsten Vogelzüchter genauso wie für den preiswürdigen Motorsportler.



Leitende Beamte der Kreisverwaltung von 1821 bis heute

Leitende Beamte im Kreis Darmstadt

1821 bis 1832
Landrat
Friedrich Hallwachs

1832 bis 1853
Provinzialkommissär und
Kreisrat
Karl Frh. Rinck gen. v. Starck
1848/1852 Direktor der
Regierungskommission

1853 bis 1858
Kreisrat
Friedrich Kritzler

1858 bis 1870
Kreisrat, dann
Provinzialdirektor
Wilhelm v. Willich,
gen. v. Pöllnitz

1870 bis 1874
Provinzialdirektor
Dr. Theodor Goldmann

1874 bis 1881
Provinzialdirektor
Friedrich Küchler

1881
Provinzialdirektor
Karl Rothe

1881 bis 1899
Provinzialdirektor
Gustav v. Marquard

1899 bis 1910
Provinzialdirektor
Ludwig Frh. v.
Senarclens-Grancy

1910 bis 1922
Provinzialdirektor
Friedrich Fey

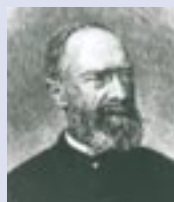
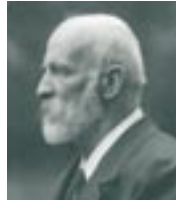
1922 bis 1924
Provinzialdirektor
Wilhelm Best

1924 bis 1928
Provinzialdirektor
Dr. Eugen Kranzbühler

1928 bis 1934
Provinzialdirektor
Heinrich Gebhardt

1934
Kreisdirektor
Karl Meisel

1934 bis 1937
Kreisdirektor
Dr. Karl Jann



Leitende Beamte der Kreisverwaltung von 1821 bis heute

1937 bis 1945
Kreisdirektor, dann Landrat
Konrad Wolf



1858 bis 1866
Kreisrat
Dr. Theodor Goldmann
(s. Darmstadt)



1945 bis 1963
Landrat
Georg Wink



1867 bis 1874
Kreisrat
Friedrich KÜchler
(s. Darmstadt)



1963 bis 1973
Landrat
Gustav Krämer



1874 bis 1884
Kreisrat
Friedrich Hallwachs



1973 bis 1976
Landrat
Heinrich Baumann



1884 bis 1900
Kreisrat
Friedrich Hess



Leitende Beamte im Kreis Dieburg

1821 bis 1830
Landrat
Ferdinand Beck

1900 bis 1908
Kreisrat
Friedrich Lochmann



1830 bis 1853
Landrat bzw. Kreisrat
Friedrich Kritzler,
1848/1852 Direktor der
Regierungskommission
(s. Darmstadt)



1908 bis 1911
Kreisrat
Dr. Hermann Kratz



1854 bis 1858
Kreisrat
Dr. Egid v. Rüdiger



1911 bis 1916
Kreisrat
Dr. Eugen Wagner



Leitende Beamte der Kreisverwaltung von 1821 bis heute

1916 bis 1921
Kreisrat bzw. Kreisdirektor
Heinrich Gräf



1943 bis 1945
Provinzialdirektor
Heinrich Gebhardt als komm.
Landrat (s. Darmstadt)



1921 bis 1924
Kreisdirektor
Heinrich Gebhardt
(s. Darmstadt)



1945 bis 1946
Landrat Adolf Frh. v.
Gemmingen-Hornberg



1924 bis 1933
Kreisdirektor
Karl Hemmerde

1946
komm. Landrat
Philipp Weyland



1933 bis 1934
komm. Kreisdirektor
Hermann Walter

1946 bis 1947
Landrat
Dr. Rudolf Belzer

1934 bis 1938
Kreisdirektor
Dieter Stammler



1947 bis 1951
Landrat
Karl Ritzert



1938 bis 1942
Kreisdirektor bzw. Landrat
Karl Meisel
(s. Darmstadt)



1951 bis 1957
Landrat
Franz Gruber



1942 bis 1943
komm. Landrat
Helmut Spamer



1958 bis 1970
Landrat
Ludwig Pfeiffer



1971 bis 1976
Landrat
Heinrich Klein



Leitende Beamte der Kreisverwaltung von 1821 bis heute

Landräte im Landkreis Darmstadt-Dieburg von 1977 bis 2007

1977
Staatsbeauftragter Landrat
Heinrich Baumann, SPD



1977 bis 1985
Landrat
Franz-Hermann Kappes, CDU



1985 bis 1997
Landrat
Hans-Joachim Klein, SPD



seit 1997
Landrat Alfred Jakoubek, SPD



Kreistagsvorsitzende Kreis Darmstadt

1952 bis 1956
Gustav Krämer, SPD



1956 bis 1976
Hans Karl, SPD



Kreistagsvorsitzende Kreis Dieburg

1952 bis 1960
Adam Spamer, SPD



1960 bis 1968
Ludwig Wedel, SPD



1968 bis 1976
Dr. Karl-Heinz Benke, SPD



Kreistagsvorsitzende Landkreis Darmstadt-Dieburg

1977 bis 1985
Gottfried Milde, CDU



1985 bis 1993
Hans Karl, SPD



seit 1993
Prof. Dr. Ralf-Rainer Lavies,
SPD





Gemeinde Alsbach-Hähnlein

Bickenbacher Straße 6
64665 Alsbach-Hähnlein
Telefon 06257 / 5008-0
Telefax 06257 / 5008-60
E-Mail gemeindevorstand@alsbach-haehnlein.de
www.alsbach-haehnlein.de
www.ladadi.de/Alsbach-Haehnlein.1042.o.html
9 300 Einwohner
Ortsteile: Alsbach, Hähnlein, Sandwiese



Stadt Babenhausen

Marktplatz 2
64832 Babenhausen
Telefon 06073 / 602-0
Telefax 06073 / 602-22
E-Mail stadtverwaltung@babenhhausen.de
www.babenhhausen.de
www.ladadi.de/Babenhhausen.1041.o.html
16 200 Einwohner
Ortsteile: Harpertshausen, Hergershausen, Sickenhofen, Langstadt, Harreshausen



Gemeinde Bickenbach

Darmstädter Straße 7
64404 Bickenbach
Telefon 06257 / 9330-0
Telefax 06257 / 9330-18
E-Mail info@bickenbach-bergstrasse.de
www.bickenbach-bergstrasse.de
www.ladadi.de/Bickenbach.1040.o.html
5 400 Einwohner



Stadt Dieburg

Markt 4
64807 Dieburg
Telefon 06071 / 2002-0
Telefax 06071 / 2002-100
E-Mail info@dieburg.de
www.dieburg.de
www.ladadi.de/Dieburg.1039.o.html
15 200 Einwohner

Gemeinde Eppertshausen

Franz-Gruber-Platz 14
64859 Eppertshausen
Telefon 06071 / 3009-0
Telefax 06071 / 3009-55
E-Mail gemeinde.eppertshausen@t-online.de
www.eppertshausen.de
www.ladadi.de/Eppertshausen.1038.o.html
5 900 Einwohner



Gemeinde Erzhausen

Rodenseestraße 3
64390 Erzhausen
Telefon 06150 / 9767-0
Telefax 06150 / 9767-47
E-Mail hauptverwaltung@erzhausen.de
www.erzhausen.de
www.ladadi.de/Erzhausen.1037.o.html
7 400 Einwohner



Gemeinde Fischbachtal

Darmstädter Straße 8
64405 Fischbachtal
Telefon 06166 / 9300-0
Telefax 06166 / 8888
E-Mail gemeinde@fischbachtal.de
www.fischbachtal.de
www.ladadi.de/Fischbachtal.1036.o.html
2 700 Einwohner
Ortsteile: Billings, Lichtenberg, Messbach, Niedernhausen, Nonrod, Steinau



Stadt Griesheim

Wilhelm-Leuschner-Straße 75
64347 Griesheim
Telefon 06155 / 701-0
Telefax 06155 / 701-216
E-Mail info@griesheim.de
www.griesheim.de
www.ladadi.de/Griesheim.1035.o.html
25 400 Einwohner





Stadt Groß-Bieberau

Marktstraße 28-30
64401 Groß-Bieberau
Telefon 06162 / 8006-0
Telefax 06162 / 8006-27
E-Mail stadtverwaltung@gross-bieberau.de
www.gross-bieberau.de
www.ladadi.de/Gross-Bieberau.1034.o.html
4 600 Einwohner
Stadtteile: Rodau, Weiler Hippelsbach



Stadt Groß-Umstadt

Markt 1
64823 Groß-Umstadt
Telefon 06078 / 781-0
Telefax 06078 / 781-226
E-Mail stadtverwaltung@gross-umstadt.de
www.gross-umstadt.de
www.ladadi.de/Gross-Umstadt.1051.o.html
21 500 Einwohner
Stadtteile: Dorndiel, Heubach, Kleestadt, Klein-Umstadt, Raibach, Richen, Wiebelsbach, Frau-Nauses



Gemeinde Groß-Zimmern

Rathausplatz 1
64846 Groß-Zimmern
Telefon 06071 / 9702-0
Telefax 06071 / 71976
E-Mail info@Gross-Zimmern.com
www.gross-zimmern.de
www.ladadi.de/Gross-Zimmern.1050.o.html
13 900 Einwohner
Ortsteil: Klein-Zimmern



Gemeinde Messel

Kohlweg 15
64409 Messel
Telefon 06159 / 7157-0
Telefax 06159 / 7157-13
E-Mail buergermeister@messel.de
www.messel.de
www.ladadi.de/Messel.1049.o.html
3 900 Einwohner
Ortsteil: Grube Messel

Gemeinde Modautal

Odenwaldstraße 34

64397 Modautal

Telefon 06254 / 9302-0

Telefax 06254 / 9302-51

E-Mail modautal@t-online.de

www.modautal.de

www.ladadi.de/Modautal.1048.o.html

5 000 Einwohner

Ortsteile: Allertshofen, Asbach, Brandau, Ernsthofen, Herchenrode, Hoxhohl, Klein-Bieberau, Lützelbach, Neunkirchen, Neutsch, Webern



Gemeinde Mühlthal

Ober-Ramstädter Straße 2-4

64367 Mühlthal

Telefon 06151 / 1417-0

Telefax 06151 / 1417-138

E-Mail gemeinde@muehltal.de

www.muehltal.de

www.ladadi.de/Muehltal.1047.o.html

14 000 Einwohner

Ortsteile: Frankenhausen, In der Mordach, Nieder-Beerbach, Nieder-Ramstadt, Traisa, Trautheim, Waschenbach



Gemeinde Münster

Mozartstraße 8

64839 Münster

Telefon 06071 / 3002-0

Telefax 06071 / 3002-40

E-Mail rathaus@muenster-hessen.de

www.muenster-hessen.de

www.ladadi.de/Muenster.1046.o.html

14 200 Einwohner

Ortsteile: Altheim, Breitefeld



Stadt Ober-Ramstadt

Darmstädter Straße 29

64372 Ober-Ramstadt

Telefon 06154 / 702-0

Telefax 06154 / 702-55

E-Mail magistrat@ober-ramstadt.de

www.ober-ramstadt.de

www.ladadi.de/Ober-Ramstadt.1045.o.html

15 200 Einwohner

Stadtteile: Modau, Rohrbach, Wembach-Hahn





Gemeinde Otzberg

Otzbergstraße 13
64853 Otzberg
Telefon 06162 / 9604-0
Telefax 06162 / 9604-50
E-Mail gemeindeverwaltung@otzberg.de
www.otzberg.de
www.ladadi.de/Otzberg.1044.o.html
6 400 Einwohner
Ortsteile: Lengfeld (mit Zipfen), Nieder-Klingen, Hering, Schloss Nauses, Habitzheim, Ober-Klingen, Ober-Nauses



Stadt Pfungstadt

Kirchstraße 12-14
64319 Pfungstadt
Telefon 06157 / 988-0
Telefax 06157 / 988-1300
E-Mail info@pfungstadt.de
www.pfungstadt.de
www.ladadi.de/Pfungstadt.1043.o.html
24 800 Einwohner
Stadtteile: Eschollbrücken/Eich, Hahn



Stadt Reinheim

Cestasplatz 1
64354 Reinheim
Telefon 06162 / 805-0
Telefax 06162 / 805-65
E-Mail stadtverwaltung@reinheim.de
www.reinheim.de
www.ladadi.de/Reinheim.1056.o.html
17 400 Einwohner
Stadtteile: Ueberau, Spachbrücken, Georgenhausen, Zeilhard



Gemeinde Roßdorf

Erbacher Straße 1
64380 Roßdorf
Telefon 06154 / 808-0
Telefax 06154 / 808-109
E-Mail gemeinde@rossdorf.de
www.rossdorf.de
www.ladadi.de/Rossdorf.1055.o.html
12 200 Einwohner
Ortsteil: Gundernhausen

Gemeinde Schaafheim

Wilhelm-Leuschner-Straße 3
64850 Schaafheim
Telefon 06073 / 7410-0
Telefax 06073 / 7410-50
E-Mail rathaus@schaafheim.de
www.schaafheim.de
www.ladadi.de/Schaafheim.1054.o.html
8 900 Einwohner
Ortsteile: Mosbach, Radheim, Schlierbach



Gemeinde Seeheim-Jugenheim

Schulstraße 12
64342 Seeheim-Jugenheim
Telefon 06257 / 990-0
Telefax 06257 / 990-480
E-Mail gemeindeverwaltung@seeheim-jugenheim.de
www.seeheim-jugenheim.de
www.ladadi.de/Seeheim-Jugenheim.1053.o.html
16 100 Einwohner
Ortsteile: Balkhausen, Jugenheim, Malchen, Ober-Beerbach, Seeheim, Steigerts, Stettbach



Stadt Weiterstadt

Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt
Telefon 06150 / 400-0
Telefax 06150 / 400-1099
E-Mail stadt@weiterstadt.de
www.weiterstadt.de
www.ladadi.de/Weiterstadt.1052.o.html
24 200 Einwohner
Stadtteile: Braunshardt, Gräfenhausen, Riedbahn, Schneppenhausen



Landkreis Darmstadt-Dieburg

Jägertorstraße 207
64289 Darmstadt
Telefon 06151 / 881-0
Telefax 06151 / 881-1095
E-Mail kreisverwaltung@ladadi.de
www.ladadi.de

Sparkassen.
Gut für die Region.



Sparkasse
Dieburg



Sparkasse
Darmstadt